CENTRAL-VEREINS-DIENST

MITTEILUNGEN AUS DER HAUPTGESCHÄFTSSTELLE
DES CENTRAL-VEREINS DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS E.V.

Berlin SW 68 Lindenstr. 13 / Fernruf: Dönhoff 3594/95 / Drahtanschrift: Centralglauben Berlin

Nr. 5 **abgeschlossen am 20. August 1927** **Jahrgang IV**

Inhaltsverzeichnis.

Erfahrungen bei der Einzelaufklärung.

Von Landgerichtsrat Dr. Löwenthal-Plauen.

Bei der letzten Tagung des Landesverbandes Sachsen in Chemnitz wurde erneut unter Zustimmung der Teilnehmer, besonders auch des leider kurz danach dahingegangenen Justizrats Sonnenfeld auf die Bedeutung der Einzelaufklärung und die Gefahr der Abschließung der deutschen Juden von ihrer christlichen Umwelt hingewiesen. Es wurde, abgesehen von der schon mehrfach im C. V.-Blatt behandelten Notwendigkeit der Steigerung des Interesses unserer reiferen Jugend am Eintritt in eine Beamtenlaufbahn, an der Betätigung in Staats- und Stadtparlamenten usw., besonders erwähnt, welchen nicht zu unterschätzenden Wert der privaten Pflege der Kameradschaft und Geselligkeit in Regiments-, Militär- und Schüler-, Berufsgenossen-, Kunst- und Vergnügungssport-Vereinigungen auch für unsere Sache beizumessen ist.

I. Da die Perspektive dieser „Einzelaufklärung" theoretisch für jeden auf der Hand liegt, erübrigt sich eine eingehende Erörterung darüber. Vielmehr soll an einigen Beispielen der Erfolg oder Mißerfolg der Kleinarbeit in der Praxis gezeigt werden.

Zuvor seien erst einige Bedenken zerstreut, die einem immer wieder aus eigenen Reihen entgegengehalten werden:

1. Es besteht die Gefahr der Aufdringlichkeit, die gleich wieder als jüdisch bezeichnet wird.
2. Man ist auf diese Weise genötigt, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die — mindestens heimlich — doch Antisemiten sind.
3. Man wird in diesen Kreisen höchstens als „Ausnahme" geduldet.
4. Für viele von uns ist es überhaupt unmöglich, bei christlichen Kreisen Eingang zu finden.

Auf diese Bedenken wird im Nachstehenden einzeln erwidert. Im allgemeinen sei gesagt, daß bei einem großen Teil unserer Mitglieder Beziehungen zu christlichen Kreisen durchaus vorhanden sind, so insbesondere bei denen, die zugleich Mitglieder des R. J. F. sind. Mir ist noch kein Fall bekannt geworden, in

dem die Aufnahme eines Frontsoldaten in seinen Regimentsverein oder zum Offiziersstammtisch abgelehnt oder erschwert worden ist. (In diesem Zusammenhang wären auch nichtjüdische Logen und eine große Reihe anderer Verbände und Vereine zu nennen. Die Schriftl.)

Außer größtem Takt gehört dazu freilich für manche eine Ueberwindung hinsichtlich der politischen Einstellung. Aber gerade zu diesem Punkte sei darauf hingewiesen, daß man als Mitglied solcher Verbände sehr viel leichter als ein Fernstehender in der Lage ist, den unentwegt Rechtsstehenden klar zu machen, daß man durchaus nicht Monarchist sein muß und doch vaterländisch gesinnt sein kann, daß auch ein großer Teil der deutschen Juden nicht einem weichlichen Pazifismus um jeden Preis verfallen ist. Auf diese Weise wird man viel dazu beitragen können, das eigentliche Ziel dieser Verbände, Pflege der Kameradschaft, innezuhalten und ein Ausarten in Radau-Nationalismus zu verhüten.

Durch solche positive Mitarbeit ist am besten der Einwand zu entkräften, daß man nur als „Ausnahme" geduldet wird. Daß man mit einzelnen ausgesprochenen oder geheimen Antisemiten bisweilen an einem Tisch zu sitzen kommt, muß man um der Sache selbst willen, in Kauf nehmen.

II. Um hier nun gleich mit dem Gesamtergebnis meiner „Erfahrungen" zu beginnen:

1. Wir wittern allzuleicht Antisemitismus. Das Mißtrauen ist ja auch verständlich aber nicht immer gerechtfertigt. Die Zahl der ausgesprochen völkisch Eingestellten ist unter den sogenannten gebildeten Schichten nicht so groß, wie man nach den vielen Beispielen von Ausschreitungen und Entgleisungen annehmen möchte. (Diese teilweise bestreitbaren Behauptungen werden demnächst ausführlich in der C. V.-Zeitung behandelt werden. Die Schriftl.) Der Kampf gegen jene unentwegten Antisemiten und die in ihrer versteckten Kampfesweise noch gefährlicheren Asemiten, ist z. Z. noch wenig erfolgversprechend. Es bleibt demnach zunächst die Hauptaufgabe, zu verhindern, daß ihre Zahl wächst.
2. Sowohl im Kreise meiner Berufsgenossen, wie bei meinen Regiments- und früheren Schulkameraden, soweit rechts sie auch stehen mögen, habe ich nun, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, festgestellt, daß die Haupteinstellung nicht „anti", sondern „asemitisch" im guten Sinne ist, d. h. die meisten stehen der Judenfrage gänzlich passiv gegenüber. Sie wissen genau, daß die Angriffe auf die Juden ungerechtfertigt sind, sehen sich aber, da sie, wie sie auf Vorhalt sagen, genug eigene Sorgen haben, nicht veranlaßt, dagegen aufzutreten.

3a) Andere wieder weisen es weit von sich, Antisemiten zu sein, lassen aber durchblicken, daß sie gewisse schädigende Einflüsse — oder einen übermäßigen Einfluß — des Judentums bekämpfen.

b) Hierher gehören auch diejenigen, die im allgemeinen gesellschaftlich von Juden nichts wissen wollen, aber gelegentlich eine „Ausnahme" machen.

4. Schließlich finden sich auch mehr „Gerechte" als man zu hoffen wagt, die offen in ihrem Kreise den Antisemitismus verurteilen oder gar öffentlich für unsere Sache eintreten.

III. Im einzelnen sei hierzu folgendes ausgeführt:

Bei Aussprachen mit ausgesprochen Völkischen ist die Aussicht auf Erfolg gering. Denn mag schon der einzelne im Augenblick der Unterhaltung zugeben, daß seine Ansichten falsch sind oder zum mindesten, daß er keine Beweise dafür hat, so fällt er sofort wieder in seine frühere Anschauung zurück, wenn er sich darauf hin mit seinen Gesinnungsgenossen ausgesprochen hat; häufig liegt, wie mir kürzlich ein rechtsstehender, völlig objektiver Herr bestätigte, der Grund darin, daß man fürchtet von den andern wegen seines Einstehens für die Juden scheel angesehen zu werden. Einmal war das Resultat einer langen Auseinandersetzung mit einem völkischen Volksschullehrer, daß dieser in ziemlich ausfälliger Weise sagte: „Und wenn Sie mich tausendmal mit Vernunftgründen überzeugen, mein antisemitisches Gefühl bringen Sie nicht weg". Durch einen solchen Mißerfolg muß man sich nicht entmutigen lassen. Denn ab und zu gelingt es doch, auch solche Leute zum Nachdenken zu bewegen.

Die Asemiten sind im allgemeinen besonders schwer zu bekehren. Am besten wirken Beispiele von Persönlichkeiten der gleichen gesellschaftlichen Kreise, die mutig für Juden eintreten. Hochstehende Aufklärungsliteratur ist von Fall zu Fall anzuwenden.

Bei der nächst erwähnten Gruppe ist es von Bedeutung, daß man selbst einigermaßen über die Vorwürfe und die üblichen Schlagworte unterrichtet und zur Entgegnung imstande ist. Oft imponiert es auch, wenn man darauf hinweist, daß die gegnerische Einstellung doch auf einseitiger Lektüre antisemitischer Zeitschriften beruhe, daß deren Nachrichten, soweit es sich nicht überhaupt um Gassenantisemitismus handelt, oft ohne jede Grundlage, wie z. B. Statistiken über die Verbrechen und Vergehen, unbeweisbare Behauptungen aufzustellen. Die üblichsten Einwendungen, die mir kürzlich sogar ein Geistlicher machte, sind natürlich die des „internationalen Kapitals", der „geistigen Führung in der internationalen Sozialdemokratie", der „Sittenlosigkeit in der Mode", der „Zotenhaftigkeit der Witzblätter und Kabarets", der „Irreligiosität", des schädigenden Einflusses der Barmats und Konsorten" usw. Ohne auf diese Vorwürfe hier inhaltlich einzugehen, sei erwähnt, daß meine Vorstellungen, wie unmoralisch gerade im Sinne der christlichen Religion es sei, schlechte Einflüsse oder Eigenschaften mit „jüdisch" zu bezeichnen und, in dem Falle, daß ein Jude sich etwas zuschulden kommen läßt, nicht wie bei anderen Delinquenten von einem Verbrecher oder schlechten Menschen, sondern einer „natürlich jüdischen Handlungsweise" zu sprechen, oft zum Andenken angeregt haben.

Nicht unerwähnt bleibe, daß auch die zu dieser Gruppe zugehörigen Antisemiten zwar die völkischen Rasse-Schauermärchen nicht glauben, die Ausschreitungen auf der Gasse und in der Presse verurteilen, aber ihrerseits aus Furcht sich in der völkischen, sogenannten ersten Gesellschaft unbeliebt zu machen, durch Stillschweigen oder gar Besuch und künstlerische, rednerische oder sonstige Teilnahme an hakenkreuzlerischen Veranstaltungen bedeutend zur Förderung der antisemitischen Hetze beitragen. Auf den Einwand, daß die „nationale Rache" überall unter Hintanstellung von Bedenken gefördert werden müsse, ist zu erwidern, daß unter dieser Flagge vieles segelt, was gerade im nationalen Sinne schärfste Ablehnung verdient. Genaue Prüfung und Entscheidung in jeden Einzelfalle ist daher erforderlich.

Die Untergruppe 2b zu bekämpfen ist noch viel schwieriger. Denn hier heißt es von vornherein neben allen möglichen verworrenen Vorstellungen eine rein gefühlsmäßige Einstellung anzugreifen. Hierher gehören vor allem die Leute, die sehr gern ihre Geschäfte mit den Juden machen, aber möglichst keine näheren Beziehungen wünschen. Sie erkennen die geschäftliche Tüchtigkeit und Anständigkeit des Juden an, wittern aber in seiner Person etwas Fremdartiges, ohne sich eine besondere Vorstellung davon zu machen. So kann man gerade im Vogtland, dessen Industrie ja zu 90% mit jüdischen Abnehmern zu rechnen hat, beobachten, wie zuvorkommend der jüdische Einkäufer behandelt wird, wie man auch in den Unternehmerverbänden den jüdischen Mitgliedern durchaus mit Achtung entgegenkommt, aber vielfach gesellschaftlich nichts von ihnen wissen will. In diesen Kreisen bekommt man oft zu hören: „Ja, Sie sind eine Ausnahme, aber die andern, besonders die Ostjuden . . .“ Dann muß man darauf dringen, daß der Betreffende diejenigen Juden namhaft macht, die nicht unter die „Ausnahmen“ fallen. Ich habe fast stets erlebt, daß nur verschwindend wenig Namen genannt werden und daß gegen die von mir dagegen in großer Zahl aufgeführten Personen nicht das Geringste eingewandt werden kann. So läßt sich zum mindesten in kleineren Städten am besten die Haltlosigkeit der vorgebrachten Verallgemeinerung, nicht zuletzt auch unter Hinweis auf die Verleumdung der Deutschen als „Boches“ im Weltkrieg, beweisen.

Was nun schließlich die „Philosemiten“ unter den an sich rechtsgerichteten Kreisen anbelangt, so gilt hier bisweilen der Satz: „Hüte Dich vor Deinen Freunden“. Denn manchmal sind es rein materielle, geschäftliche Interessen, die die Grundlage des Wohlwollens bilden. Bei einer einzigen schlechten Erfahrung schlägt die Stimmung ins Gegenteil um. Hier zeigt sich schon, daß wir auch bei unseren Freunden, obwohl eine besondere „Aufklärung“ nicht erforderlich ist, doch die Hände nicht in den Schoß legen dürfen.

Um mit einem erfreulichen Fall zu schließen, der leider noch zu den Ausnahmen gehört, möchte ich erwähnen, daß ein mir befreundeter Studienrat, ohne von mir dazu veranlaßt worden zu sein, auf Ferienreisen in Großstädten seine Primaner in die Synagogen führt und im Anschluß daran Gelegenheit nimmt, mit ihnen über jüdische Dinge zu sprechen.

Daß das Kennenlernen wahren jüdischen Wesens durch die nichtjüdische Jugend ein wesentlicher Meilenstein auf dem Wege unserer Arbeit ist, wissen wir . . . Daß es auch weiterhin beherzte Männer unter den nichtjüdischen Deutschen geben möge, die uns bei unserer Arbeit helfen, hoffen wir. In der vordersten Front müssen wir, muß jeder einzelne von uns aber selbst stehen.

Aus der Arbeit.

Politisches.

Flugblattagitation der N. S. D. A. P.

Unser Landesverband Oberschlesien richtete an den Oberpräsidenten der Provinz eine Eingabe betr. die Flugblattagitation der Nationalsozialisten, aus der wir die folgenden Absätze hier bekannt geben:

„In letzter Zeit ist eine erhöhte Tätigkeit der Nationalsozialisten in Oberschlesien zu beobachten. Es werden von ihnen Flugblätter verteilt oder nächtlicherweise an unerlaubten Stellen angeklebt, durch die sich besonders der jüdische Teil der Bevölkerung Oberschlesiens schwer beunruhigt fühlt. (Es folgt die Schilderung zweier Vorfälle in Kreuzburg und Gleiwitz).

Endlich werden die verschiedenen Flugzettel und Ankündigungen von Versammlungen und Sprechabenden der Nationalsozialisten mit Vorliebe an den Häusern, Schaufenstern und Reklameflächen, die Juden gehören, angeklebt. Jüdische Kaufleute in Beuthen haben sich wegen dieser Schädigung ihres Eigentums wiederholt an die Kriminalpolizei gewandt, ohne daß es natürlich möglich gewesen wäre, die Täter, die in den Reihen der Nationalsozialisten zu suchen sind, zu ermitteln. In Gleiwitz ist trotz der sofort in die Wege geleiteten Untersuchung von Seiten der dortigen Polizei das gleiche negative Ergebnis zu befürchten.

Aus diesem Grunde erlauben wir uns an das Oberpräsidium die Bitte zu richten, die Polizeibehörden anzuweisen durch stärkere Ueberwachung das Zettelkleben an unerlaubten Stellen nach Möglichkeit zu unterbinden bezw. die angeklebten oder verteilten Flugblätter daraufhin zu prüfen, ob ihr Inhalt strafbare Aeußerungen über den andersdenkenden Teil der Bevölkerung enthält, damit gegebenenfalls eine Strafverfolgung von Amtswegen eintreten kann, und angeklebte oder aushängende Flugzetttel usw. entfernen zu lassen, soweit sie geeignet sind, Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen.“

Darauf ist bisher lediglich der Vorbescheid ergangen, daß die Angelegenheit dem Regierungspräsidenten zur Erledigung überwiesen ist. Es ist aber in Erfahrung gebracht worden, daß bei den Ortsgruppenführern der N. S. D. A. P. auf eine Einschränkung der Flugblattagitation hingewirkt worden ist.

Schwachsinnigenanstalt Alsterdorf.

Die Schwachsinnigenanstalt in Alsterdorf gibt eine Broschüre unter dem Titel „Briefe und Bilder aus Alsterdorf“ heraus, in der sich auf S. 26 in einem Aufsatz „Euthanasie“ von Pastor Büchsel u. a. der Satz findet:

„Die Branntweinbrenner und die Bordellwirte, und die Pressejuden, Zotenschreiber und Bodenspekulanten, die Börsenjobber und das ganze vergnügungssüchtige Volk, das weiter nichts kennt, als ein Amusement und geile Moden und schlüpfrige Witze . . . die armen neugeborenen Kinder, die von diesem ehebrecherischen Geschlecht in die Welt gesetzt werden . . . ., die sollen leben und die anderen, die daran langsam siechen . . . ., die sollen sterben“.

Auf Vorstellungen bei der Anstaltsleitung ist eine völlig zufriedenstellende Antwort ergangen, aus der wir das folgende wiedergeben:

„. . . Die Berechtigung des Anstoßes, die jüdische Mitbürger daran genommen haben, erkennen wir voll an. Wir waren der Meinung, daß der betr.

Ausdruck bei der Korrektur gestrichen sei; leider ist es jedoch übersehen worden, was uns sehr unlieb ist. Wir bitten, dieses Versehen unsere Anstalten nicht entgelten zu lassen und dürfen darauf hinweisen, daß die Alsterdorfer Anstalten sich dauernd bemühen, nach jeder Richtung hin vollständig neutral zu sein und keine politische Propaganda in ihren Mauern zu dulden. Seit ihrer Begründung stehen ihre Tore allen Hilfsbedürftigen ohne Unterschied der Konfession und der politischen Stellung offen."

Einwanderung nach Kanada.

Wir erhielten in letzter Zeit zahlreiche Beschwerden, die die Erteilung von Visen für Kanada an deutsche Juden zum Gegenstand hatten. In einer beträchtlichen Anzahl von Fällen waren die betr. Gesuche mit Begründungen abgeschlagen worden, die keinen Zweifel darüber ließen, daß eine Sonderbehandlung jüdischer Einreisesuchender vorlag.

Auf eine Intervention beim kanadischen Einwanderungskommissar in Hamburg, um deren Durchführung wir den Hilfsverein der Deutschen Juden gebeten hatten, erklärte der Kommissar, daß er in Zukunft keinen Unterschied bei der Erteilung von Einreisevisen an deutsche Staatsangehörige mehr machen werde. Der kanadische Kommissar hat, wie uns berichtet wird, dem Norddeutschen Lloyd eine entsprechende mündliche Erklärung abgegeben. Daraufhin habe der Lloyd bereits zwei deutsche Juden für Kanada gebucht.

Judenfeindliche Anschläge bei Behörden.

Auf eine Eingabe an den Reichsminister der Finanzen erhielten wir folgende Antwort:

„Es trifft zu meinem Bedauern zu, daß im Finanzamt Corbach an der Innenseite eines Schrankes ein Gedicht von Max Bewer „Wenn alle Menschen Juden wären" und darunter ein Bild „Die erfolgreiche Posse" angebracht waren. Gedicht und Bild sind entfernt worden. Ich habe die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um eine Wiederholung derartiger Vorfälle auszuschließen.

Im Auftrage gez. Thümen".

Mißbrauch der Diensstelle.

Auf eine Eingabe an das Direktorium der Reichsbank, in der wir darüber Beschwerde führten, daß der Geschäftsführer des Bezirkes Hamm i. W. der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Heinz Stadermann, der Reichsbankbeamter ist, seine Dienststelle und das Telephon seiner Dienststelle für Zwecke seiner Partei mißbrauchte und das öffentlich im „Völkischen Beobachter" ankündigte, erhielten wir vom Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, folgenden Bescheid:

„Auf die Schreiben vom 5. v. Mts. und 2. d. Mts. erwidere ich ergebenst, daß zur Abstellung der dargelegten Mißstände das Erforderliche veranlaßt worden ist."

Diesterwegschule Kamen.

Im „Deutschen Tageblatt" erschien unter der Ueberschrift „Fremdstämmige Lehrer, ein Ausschnitt aus Beckers Reich" eine Notiz, die sich gegen die Beschäftigung des jüdischen Lehrers Hugo Hermann an der achtklassigen evangelischen Diesterwegschule in Kamen in Westfalen wandte. Material über die Angelegenheit, die in völlig unzutreffender Weise dargestellt ist, steht auf Wunsch zur Verfügung.

Technische Hochschule München.

In Nr. 14 des „Nachrichtenblattes der Studentenschaft der Technischen Hochschule in München" vom 27. 5. 27 befand sich ein Aufsatz „Grüne Internationale", in dem es u. a. hieß:

„Es muß hier vor allem darauf verwiesen werden, daß sowohl die Internationale des Finanzkapitals, als auch jene der Proletarierführer rein jüdische Angelegenheiten sind, daß die in diesen Organisationen zum Ausdruck gelangenden Bestrebungen ausgesprochen volksfeindlich und nur dazu angetan sind, die Machtverhältnisse in den einzelnen Staaten zugunsten der jüdischen Vorherrschaft zu verschieben . . . die vollständige Unterjochung des produktiven, des Bodenkapitals durch das jüdisches Leihkapital. Wer, so fragen wir, wird in dieser Weltausgleichsstelle des landwirtschaftlichen Kapitals sitzen? Welche Kräfte werden sich hier betätigen und wessen Hand wird letzten Endes darüber entscheiden, ob die Landwirtschaft eines Volkes aufblühen und gedeihen oder verelenden soll?"

Unsere Geschäftsstelle München hat darauf nach vorheriger Fühlungnahme mit uns nahestehenden Persönlichkeiten an der Hochschule an die Redaktion des Blattes und an den Asta ein Schreiben gerichtet, in dem es hieß:

„Wir sind der Auffassung, daß das Nachrichtenblatt, das die amtlichen Nachrichten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, des Rektorats und des Bundes der Freunde der Technischen Hochschule enthält, sich von politischen Erörterungen überhaupt und insbesondere von derart einseitigen und einen Teil der Studentenschaft der Technischen Hochschule, nämlich die jüdischen Studenten, kränkenden und verletzenden Erörterungen freihalten sollte, weil solche Erörterungen mit der für ein halbamtliches Blatt gebotenen Neutralität nicht in Einklang stehen . . . . Wir gestatten uns, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken und Sie um Mitteilung zu bitten, welche Stellung Sie zu diesem Aufsatz einnehmen und ob Sie dafür Sorge tragen wollen, daß künftig ähnliche Auslassungen in dem Nachrichtenblatt keine Aufnahme mehr finden."

Es entspann sich darauf eine umfangreiche Korrespondenz die ihren Niederschlag in einer Senatssitzung fand, in der das Verhalten des Asta und der Redaktion des Akademischen Nachrichtenblattes kritisiert wurde. Obgleich nahezu das gesamte Professorenkollegium politisch rechts steht, wurde einstimmig der Standpunkt eingenommen, daß die Veröffentlichung derartiger Artikel und Ausdrücke eine Geschmacklosigkeit ohnegleichen darstelle und daß dies den Redaktionen besonders vorgehalten werden müsse. Der Senat bekundete seine Entschlossenheit, das Organ in Zukunft nicht mehr zu offiziellen Bekanntmachungen zu benutzen, wenn sich derartige Ausschreitungen wiederholen sollten. Asta und Schriftleitung wurden von diesem Beschluß verständigt.

Volksgemeinschaft-Propaganda-Zentrale.

Die von einem Dr. Sturm geleitete Volksgemeinschaft-Propaganda-Centrale sammelt Beiträge. Wir machen darauf aufmerksam, daß der genannte Herr früher Nationalsozialist war, und sich von der Partei später abgewendet hat. Aus diesem Grund empfiehlt es sich nicht, der Sache Gelder zuzuführen.

Vorträge Robert Körber-Wien.

In Königsberg i. Pr. veranstaltete der „Stahlhelm" einen Lichtbilder-Vortrag des Wiener Dipl.-Ing. Dr. Robert Körber mit dem Thema: „Die kulturellen Geistesströmungen in Wien und Deutschösterreich". Der Vortrag war in ganz neutraler Weise angezeigt. Eine veranstaltende Organisation war nicht angegeben, sondern jedermann war bei freiem Eintritt eingeladen. In seinen Ausführungen stellte sich Körber auf den Boden der völkischen Rassentheorie, und er unterschied zwischen Volksstämmigen und Volksfremden.

Wir machen auf diese Veranstaltung aufmerksam, da anzunehmen ist, daß sie auch an anderen Orten unter neutraler Ankündigung stattfinden wird.

Mathilde Ludendorff: „Das Rassenerbgut".

Am 24. Juni sprach Frau Ludendorff in Hannover über: „Das Rassenerbgut". Wir sind im Besitz des vollständigen Vortragsmanuskriptes, das wir auf Wunsch den Ortsgruppen und Landesverbänden für den Fall, daß auch dort Vorträge der Rednerin angesagt werden, zur Verfügung stellen.

Schülerkapellen.

Vor einiger Zeit wurde bei uns angefragt, ob es erlaubt sei, daß Schülerkapellen bei Stahlhelm-Feiern und ähnlichen Veranstaltungen mitwirken. Auf unsere Anfrage bei dem Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, ob von Seiten des Ministeriums irgendwelche Verfügungen ergangen sind, die die Beteiligung von Schülerkapellen im Zusammenhang mit Veranstaltungen von dritter Seite regeln erhielten wir folgende Antwort:

„Auf das Schreiben vom 5. Juli 1927 erwidere ich, daß Bestimmungen über die Beteiligung von Schülerkapellen im Zusammenhang mit Veranstaltungen von dritter Seite nicht ergangen sind."

Es wird darüber zu wachen sein, daß Schülerkapellen nur bei Festlichkeiten mitwirken, die von unserm Standpunkt aus einwandfrei sind. Gegebenenfalls sind die Aufsichtsbehörden anzurufen.

Antisemitismus an Schulen.

Im humanistischen Gymnasium einer bayerischen Provinzstadt machte ein Fachlehrer in Abwesenheit des einzigen jüdischen Schülers der Anstalt judenfeindliche Bemerkungen. Ein Mitglied, der Vater des angegriffenen Schülers, wandte sich deshalb an den Vorstand der Anstalt, der den Lehrer veranlaßte, sich schriftlich zu entschuldigen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Ich erkläre hiermit, daß mir selbstverständlich jede Absicht Ihrem Sohn oder Ihnen einen Vorwurf oder eine Kränkung damit bereiten zu wollen, ferngelegen hat. Sollte Ihnen diese Erklärung nicht genügen, so stehe ich nicht an, Sie in aller Form um Entschuldigung zu bitten, indem ich den gemachten Ausdruck mit Bedauern zurücknehme.

Gerade Ihnen gegenüber ist mir die Sache umso peinlicher, da ich sowohl Sie selbst hoch achte und schätze, als auch insbesondere Ihren Sohn wegen seines ordnungsliebenden fleißigen Wesens und seiner Offenheit zu den Schülern rechne, die mir am liebsten sind.

Ich hoffe, daß hiermit die peinliche Angelegenheit erledigt ist und zeichne

Hochachtungsvoll
gez. Unterschrift".

Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

In Nummer 19 des Nürnberger „Stürmer" sowie in einer Reihe anderer völkischer Blätter beschäftigten sich längere Aufsätze in scharfer Polemik mit dem neuen Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, sowie mit der dagegen gerichteten Protestversammlung des Reichsbundes deutscher Heilkundiger.

Die rückhaltlose Billigung, die der Kampf gegen das Gesetz durchweg in den Zeitungen findet, ist ein weiterer Beitrag zu der schon häufig gemachten Beobachtung, daß sich in den Reihen der Völkischen eine verhältnismäßig sehr starke Anzahl von Kurpfuschern, Heilmagnetiseuren, Masseusen usw. findet. Diese Tatsache ist gegebenenfalls bei der Aufklärungsarbeit in akademischen Kreisen heranzuziehen.

Stellung der Bischöfe zu den „Vaterländischen Verbänden".

Die „Volkszeitung" in Essen bringt in ihrer Nr. 177 einen Beschluß in Erinnerung, den die deutschen Bischöfe auf der Konferenz in Fulda im Jahre 1924 gefaßt haben und in dem es heißt:

„. . . . insbesondere lehnt die Bischofskonferenz ab, den Eintritt in Organisationen der vorgenannten Art (gemeint sind Jungdeutscher Orden usw.) für einwandfrei zu erklären, hat vielmehr die triftigsten Gründe, die Katholiken aufs dringendste aufzufordern, den katholischen, von kirchlicher Autorität approbierten Vereinen ihre Förderung zuzuwenden und ihnen beizutreten. Was vorgedachte neue Organisationen an lobenswerten Zielen zu erstreben erklären in vaterländischer Erziehung, Ertüchtigung und sittlicher Schulung der Jugend, bieten schon längst die katholischen Vereine. Es gibt aber auch noch höhere, darüber hinausgehende, für die Jugend unserer Tage überaus bedeutsame Aufgaben. Das sind die religiösen Aufgaben im weitesten Sinne. Diese können von jenen neuen Organisationen nicht erfüllt werden. Darum ist es herzliche Mahnung aller Bischöfe an die katholische Jugend: Tretet den katholischen Vereinen bei."

„Frontsoldaten".

In der Zeitung „Der Nationale Sozialist für Rhein und Ruhr" spielte in jüngster Zeit wiederholt ein gewisser Brauweiler aus Düsseldorf als „Frontsoldat" eine Rolle. Ueber diesen Brauweiler finden wir in Nummer 12 der Reichsbanner-Zeitung folgende Notiz:

. . . Dieser Hauptschriftleiter, der mit der Bezeichnung Frontsoldat seit Jahren hausieren geht, ist ein gewisser Brauweiler aus Düsseldorf. Er stand bei Ausbruch des Weltringens in dem blühenden Alter von 30 oder 31 Jahren und war kerngesund. Dieser Frontsoldat hat den Kriegsschauplatz trotzdem niemals gesehen, er war reklamiert bis zum letzten Tage des „großen Blutbades" . . .

„Der Eisenhammer".

Die bisher in Pirmasens erscheinende völkische Zeitschrift „Der Eisenhammer" wird jetzt infolge einer Umgründung unter dem Namen: „Der Werktag" herausgegeben, der allerdings eine Beilage „Der Eisenhammer" enthält.

Straßers Behauptungen sind Unwahrheiten.

Anläßlich einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Straßer Mittte Mai in Bremen gehalten hat und die uns im Wortlaut übermittelt wurde, haben wir eine genaue Nachprüfung eines Teiles der von ihm aufgestellten Behauptungen vorgenommen, die zu folgendem Ergebnis geführt hat:

I.

Straßer sagte: „Dabei ist ein Nationalsozialist, der behauptet hat, die S. P. D. habe von Stinnes 250 000,— Goldmark erhalten, vom Gericht freigesprochen worden mit der Begründung, daß der angetretene Wahrheitsbeweis geglückt sei."

Hierzu teilt uns die sozialdemokratische Partei folgendes mit:

1. „Die S. P. D. hat noch niemals von Stinnes Geld erhalten. Lediglich ein Mitglied der S. P. D., dessen Vater schon der Partei angehört hat, hat während der Inflation, nachdem er an einem amerikanischen Patent sehr viel Geld verdient hatte, 250 000,— Papiermark ohne irgendwelche Bedingungen übergeben, was damals ausdrücklich festgestellt wurde.

2. Zu einem Prozeß, in dem diese Angelegenheit behandelt wurde, kam es anläßlich einer Versammlung in Worms, in der ein Amtsrichter die oben zitierte Behauptung aufgestellt hat. Der dortige Parteisekretär der sozialdemokratischen Partei erklärte aufgeregt, daß diese Behauptung eine Lüge und Verleumdung sei und bediente sich dabei einiger nicht salonfähiger Ausdrücke. Deswegen kam es zu einer Beleidigungsklage des Amtsrichters. Lediglich die Beschimpfung war Gegenstand des Prozesses und wegen dieser Beschimpfung wurde der Parteisekretär damals bestraft. Der Amtsrichter selbst mußte vor Gericht erklären, daß er seine Behauptung, die er von dritter Seite erhalten habe, nicht aufrechterhalten könne."

II.

Straßer sagte: „Der „Vorwärts" hat von der jüdischen Darmstädter und Nationalbank ein Darlehen von 800 000,— Mk. erhalten."

1. Die sozialdemokratische Partei erwidert darauf, daß von einem Darlehen der Darmstädter und Nationalbank von 800 000,— Mk. an den „Vorwärts" nichts bekannt sei.

2. Der „Vorwärts" schreibt uns: „Wir teilen Ihnen höflichst mit, daß der Vorwärts-Verlag G. m. b. H., der Herausgeber der Zeitung „Vorwärts", kein Darlehen bei der Darmstädter und Nationalbank aufgenommen hat. Inwieweit die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt P. Singer & Co. in geschäftlicher Beziehung mit der Darmstädter Bank steht, entzieht sich unserer Kenntnis."

3. Die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt P. Singer & Co. teilt uns folgendes mit: „Der „Vorwärts" hat niemals ein Darlehen bei der Darmstädter und Nationalbank aufgenommen. Darlehensnehmer war die Vorwärts-Buchdruckerei bezw. die Aktiengesellschaft Lindenhaus, welche Besitzerin der Grundstücke Lindenstraße 2 und 3 ist, wo der Verlag des Vorwärts und die Vorwärts-Buchdruckerei domizilieren. Verlag und Drukkerei sind zwei verschiedene Gesellschaften mit völlig getrennter, voneinander unabhängiger, selbständiger Geschäftsführung. Der „Vorwärts" wird von der Druckerei im Lohndruck hergestellt . . . Die Hypothek von 800 000,— Mk. wurde im Spätsommer 1926 von der Druckerei und der Aktiengesellschaft aufgenommen, einmal für große Betriebserweiterungen der Druckerei und weiter zur Zahlung der Kaufrate neu erworbener benachbarter Grundstücke . . . Im übrigen ist diese Grundschuld bereits am 1. Februar 1927 getilgt worden."

III.

Straßer sagte: „Auf der Friedenskonferenz in Versailles war Max Warburg Chef der deutschen Finanzkommission. Vorsitzender der französischen Finanzkommission war Paul Warburg aus Paris, sein leiblicher Bruder. Amerikanischer Finanzsachverständiger war Ottto Schiff, New York, der Schwager der Max und Paul Warburg. Diese drei Brüder haben dann darüber beraten, was das schaffende Volk bezahlen soll."

Hierzu übermittelt uns Herr Max M. Warburg durch seinen Anwalt folgende Erklärung:

„Die Straßer'schen Behauptungen sind von A bis Z Erfindungen.

Herr Max Warburg war nicht Chef der deutschen Finanzkommission, gehörte auch nicht zu den deutschen Delegierten, sondern war nur einer der Finanzsachverständigen, die der deutschen Delegation mitgegeben waren, und die nur die Delegierten beraten haben, nicht aber mit Irgendjemandem von der anderen Seite verhandelt haben. Ueber die hermetische Abschließung, unter der die Deutschen gehalten wurden, sollte übrigens auch Herr Straßer unterrichtet sein.

Herr Paul Warburg war weder Vorsitzender der französischen, noch irgend einer anderen Kommission, noch überhaupt in Paris. Ebensowenig war irgend ein anderer Bruder von Max Warburg, noch irgendein Schwager eines der Brüder in Paris. Ein Schwager des Namens Otto Schiff existiert nicht.

Die Aeußerung Straßers ist nichts anderes als eine Wiederholung immer der gleichen, aus der Luft gegriffenen Unwahrheiten, deren phantastische Darstellungen sich voneinander nur durch Vertauschung der beliebig gegriffenen Namen oder Personen, und der diesen Personen angedichteten Tätigkeit unterscheiden.

Daß Max Warburg den Abschluß des Vertrages von Versailles sowohl in Versailles widerraten, als auch in Weimar gegen den Abschluß gekämpft hat, wird natürlich auch immer wieder verschwiegen."

(Siehe hier auch die Ausführungen des damaligen Reichskanzlers Prinz Max von Baden in seinen jetzt erschienenen Memoiren.)

IV.

Straßer sagte: „16 000 000 000,— Goldmark sind in einem Jahr an der Börse verdient worden. Nur 10 oder 20% Steuer von diesem arbeitslosen Gewinn; mit diesen 3,2 Milliarden Wohnungen gebaut, damit löse ich das Problem der Erwerbslosigkeit."

Diese Behauptungen sind wohl am schwersten zu widerlegen, obwohl ohne weiteres behauptet werden kann, daß sie in der Form, in der sie Herr Straßer vorbringt und wie sie bei seinem Vortrag auf das naive Publikum wirken müssen, völlig unrichtig sind. Unser Gewährsmann kann uns lediglich Auskunft über die Verdienste geben, die an der Berliner Börse gemacht wurden und stützt sich dabei auf den von der „Frankfurter Zeitung" in Heft 1 des Jahrganges 1927 der „Wirtschaftskurve" aufgestellten Index, der allgemein in der deutschen Wirtschaft den Berechnungen zugrundegelegt wird. Nimmt man unter Zugrundelegung dieses Index den 2. Januar 1926 als Stichtag, dann sieht man, daß im Verlaufe eines Jahres tatsächlich eine Verdoppelung des Berliner Börsenkapitals statttgefunden hat. Das würde also bedeuten, daß tatsächlich ungefähr 10 Milliarden an der Berliner Börse „verdient" worden sind. Bei dieser Behauptung bleibt vollkommen unberücksichtigt, daß das, was angeblich im Jahre 1926 verdient worden ist, durch den enormen Rückgang der Kurse im Jahre 1925 vorher verloren worden war, sodaß man sagen kann, daß Ende 1926 die Kurse das gleiche Niveau wie Anfang 1925 hatten. Lediglich in den letzten Wochen, also seit Beginn des Jahres 1927, hat bei einigen Aktien eine Kurssteigerung über das Niveau vom Februar 1925 stattgefunden. An der Börse entsteht, volkswirtschaftlich betrachtet, überhaupt kein neues Geld. Es handelt sich hier um Besitzübertragungen von Person auf Person oder von Spekulant auf Spekulant. Mit Geld, das durch die Höherbewertung ein und derselben Aktien, d. h. ein und desselben Sachwertes, verdient wird, kann man keine neuen Häuser bauen und auch Arbeitslosen keine Unterstützung zahlen. Man könnte zwar 10 oder 20%, wie es Straßer vorschlägt, dem Reich als Steuer zuführen; dann handelt es sich aber um eine Teilsozialisierung, wie man sie bei jeder Besitzvergütung auf dem Papier durchführen kann.

Dabei muß natürlich immer beachtet werden, daß es sich hier um fiktive Werte handelt. Deswegen schreibt ja auch die Goldbilanz ausdrücklich vor, daß Wertpapiere in die Bilanz nur zum Einstandspreis ohne Kurssteigerung eingesetzt werden sollen. Mit dieser Vorschrift hat der Gesetzgeber bereits ausgedrückt, daß es sich bei der Steigerung nur um fiktive Werte handelt. Denn wenn die Aktienbesitzer ihren Gewinn auf einmal realisieren wollten, würden diese Verkäufe naturgemäß einen Kurssturz herbeiführen, sodaß der Gewinn zum größten Teil wieder verloren ginge. Damit ist aber ausgedrückt, daß eben durch dieses Kapital, das der Wirtschaft in Form von Aktien zugeführt wird, die Wirtschaft selbst überhaupt nur in Gang gehalten werden kann. Tatsächlich erfaßt die Kapitalertragssteuer in Deutschland nur die Dividenden und nicht den sogenannten „arbeitslosen" Gewinn, also nicht die Kurssteigerung. Wenn es praktisch einen Weg gäbe, eine solche Steuer durchzuführen, dann wäre es sicher schon längst geschehen.

V.

Straßer sagte: „Ein Zeitungsmann hat den Vorsitzenden der amerikanischen Bankiervereinigung Mac Garrah gefragt, ob er glaube, daß Deutschland den Londoner Pakt erfüllen könne. „Natürlich", habe dieser geantwortet, „nur wird es notwendig sein daß die deutsche Frau ihr Pferd verkauft und sich selbst vor den Pflug spannt, daß der deutsche Mann 14—16 Stunden arbeitet; dann kann Deutschland leicht bezahlen."

Diese Aeußerung soll Mac Garrah vor ungefähr 1½ Jahren getan haben. Da Mac Garrah tatsächlich Mitglied des Generalrates der deutschen Reichsbank ist, wurde seine damalige Rede sehr stark beachtet. Die Hugenberg-Presse hat seinen Vortrag ausgebeutet und stützte sich dabei auf die erste Wolff'sche Telegraphenmeldung, die ungefähr das enthielt, was Straßer zitiert hat. Aber der Wolff'sche Bericht war sehr mangelhaft und was Mac Garrah tatsächlich gesagt hat, wurde in der „Vossischen Zeitung" Nr. 28 vom 17. 1. 26 festgestellt. Es heißt da:

„Die Rechtsblätter schrieben:

„Deutschland wird die ihm auf Grund des Dawes-Planes obliegenden Verpflichtungen erfüllen, wenn es kann, und ist in dieser Hinsicht von Hoffnung erfüllt. Wenn die Deutschen willens sind, täglich 10 bis 14 Stunden zu arbeiten, ohne sich vor irgend einer Arbeit zu scheuen, wenn die deutsche Frau als Pferd den beladenen Arbeitskarren ziehen hilft, wenn der deutsche Knabe nach der Anleitung seines Vaters den Garten bearbeitet, dann kann der Erfolg und die Ernte nicht ausbleiben."

Die „Voss" stellt dagegen folgenden Wortlau fest:

„Wir sehen, wie das deutsche Volk, nachdem der Mechanismus des Dawes-Planes geschaffen ist, aus dem Bankrott auftaucht. Seine Kolonien sind dahin; der Umfang seines früheren großen Absatzmarktes in Rußland ist jetzt praktisch bedeutungslos; sein privates Kapital ist begrenzt und das Auslandskapital natürlicherweise zurückhaltend; das Land ist übervölkert; die Löhne sind niedrig und die Kosten des Lebens hoch, und die deutschen Grenzen sind von Zollschranken umgeben, die vor dem Kriege nicht bestanden haben — das sind die Bedingungen, unter denen Deutschland sich gezwungen sieht, Aufbauarbeit zu leisten und mit den Zahlungen zu beginnen. Sie interessieren sich für die Frage der Reparationszahlungen. „Kann und wird das deutsche Volk zahlen?" Ich zögere nicht, zu antworten: „Es wird zahlen, wenn es kann!" Und außerdem: „Das deutsche Volk wird unzweifelhaft zu seiner Zeit zahlen können!" Man kann nicht verfehlen, von Zeit zu Zeit den bemerkenswerten Wechsel festzustellen, der im Geiste des deutschen Volkes eingetreten ist.

Wenn ein Volk den Willen und das Bestreben hat, von 10 bis 14 Stunden an einem Tag jede Arbeit zu tun, zu der sich Gelegenheit bietet, wenn eine Frau einem Pferd oder einer Kuh helfen will, eine Last zu ziehen, und wenn ein Knabe einen Gartenpflug ziehen will, während sein Vater ihn lenkt, dann muß notwendigenderweise dabei auf dem Weg zu Einkünften und Ersparnissen etwas herauskommen. Letzten Endes müssen vom deutschen Volk selbst die Ersparnisse kommen, die den Hauptteil des für industrielle Unternehmungen notwendigen Kapitals schaffen werden."

Wir fügen noch hinzu, daß der Präsident des Bond-Club Gramberry in einer Erklärung über die Rede Mac Garrahs damals das folgende ausführte:

„Die Erörterungen Mac Garrahs standen nicht im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan. Es waren bei der Rede über 350 Mitglieder des Klubs anwesend und jedes von ihnen hatte von Mac Garrahs freundlicher Gesinnung gegenüber Deutschland und seinem Optimismus in Bezug auf die Aussichten für die Zukunft einen tiefen Eindruck. Mac Garrah zollte in der Tat dem deutschen Volke einen wirklichen Tribut. Es ist sehr schade, daß eine so freundliche und aufbauende Bemerkung durch ihre Uebersetzung ins Deutsche so entstellt wurde, um die entgegengesetzte Meinung zu erwecken. Daran kann nur ein Mißverständnis bei der Uebersetzung Schuld tragen. Das deutsche Volk hat keinen besseren Freund in den Vereinigten Staaten als Mac Garrah."

VI.

Straßer sagte: „Keynes hat gesagt: Auf dem Umweg über den Dawes-Pakt wird es späterhin auch möglich sein, die Arbeitslosenunterstützung einzustellen. Dann wird der deutsche Arbeiter durch jahrelange Arbeitslosigkeit zermürbt sein."

Unter den vielen Veröffentlichungen von Keynes über den Dawes-Plan findet unser Gewährsmann nur einen Artikel in Nr. 60 des „Berliner Lokalanzeigers" vom 5. Februar 1926, in dem er sich eingehend mit der Auswirkung des Dawesabkommens auf die deutsche Arbeiterschaft beschäftigt. Dort heißt es:

„Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist meiner Meinung nach die erste Episode der zweiten Phase, nämlich des Versuchs, Preise und Löhne durch ein System der Krediteinschränkung künstlich herabzudrücken. Ich kann mir vorstellen, daß diese Methode teilweise den Erfolg hat, die Löhne herabzudrücken, das Transfer-Komitee braucht aber nicht nur niedrige Löhne, sondern auch einen stark entwickelten Ausfuhrhandel und ich zweifle sehr, ob die Methode der Krediteinschränkung diesen doppelten Erfolg zeitigen kann. Vielleicht wird das Komitee mit der Zeit dazu gezwungen sein, den Lohnabbau durch direkte Maßnahmen anzugreifen."

Wie aus dem letzten Satz deutlich hervorgeht, hat gerade Keynes selbst Bedenken geäußert, die deutsche Wirtschaft durch Herabsetzung der Löhne zu schädigen. Um so unwahrscheinlicher ist es, daß er in einer anderen Rede die oben zitierte Aeußerung getan haben soll.

Deutsch-nordische Pressekonferenz Danzig.

In Nr. 353 der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" befand sich der Abdruck einer Notiz aus der „Danziger Allgemeinen Zeitung" mit der Ueberschrift: „Danzig. Taktlosigkeiten", die in zweifellos gehässig judenfeindlicher Weise einen Vorfall anläßlich der Deutsch-nordischen Pressekonferenz in Danzig behandelt.

Es wurde berichtet, daß bei einem Essen, das die Danziger Werft anläßlich der Konferenz veranstaltete, der Saal mit bunten Wimpeln darunter auch schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt war. Daraufhin hätte ein Herr Cohn, der offizielle Vertreter der Pressestelle der Reichsregierung, sowie ein Herr Levy aus Leipzig unter „republikanischem Entrüstungsgeschrei", „Theaterdonner" etc. den Saal verlassen.

Der Inhalt dieser Notiz wurde sofort zum Gegenstand einer Rücksprache mit dem Hauptbeteiligten, Herrn Cohn von der Pressestelle der Reichsregierung gemacht. Der Bericht der Zeitung erwies sich als Aufbauschung und Verzerrung der Tatsachen. Der betreffende Beamte gab an, lediglich aus Disziplin gegenüber seiner vorgesetzten Behörde durch Verlassen des Festsaales gegen das Fehlen der Reichsflagge protestiert zu haben. Ein unbeachtetes Uebergehen dieses Vorfalles hätte er aus dienstlichen Rücksichten nicht verantworten können. Einen Protest gegen das Vorhandensein der schwarz-weiß-roten Fahne habe er nicht erhoben. Ein Eingehen auf die Angelegenheit in der Presse wurde von ihm nicht gewünscht.

Wegen des Abdruckes der Notiz in der „K. I. A.-Z." wurde unser Landesverband Ostpreußen bei der Redaktion des volksparteilichen Blattes vorstellig. Die Redaktion sprach wegen der geschmacklosen Notiz ihr Bedauern aus und erklärte, daß ihre Redakteure strengste Anweisung hätten, in Bezug auf Notizen, die die jüdischen Leser unnötig verletzen könnten, äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Stadttheater Konstanz.

Unsere Ortsgruppe Konstanz wurde beim Oberbürgermeister vorstellig, weil in zwei Aufführungen des Stadttheaters — es handelte sich um die Stücke „Zweimal Oliver" und „Robert und Bertram" — auf der Bühne stark gemauschelt wurde. Die Direktion des Theaters bat darauf um eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe. Sie versicherte wiederholt, daß ihr jede beleidigende oder judenfeindliche Absicht ferngelegen habe und daß man in Zukunft den Wünschen unserer Ortsgruppe in jeder Hinsicht nachkommen werde. Die Theaterdirektion schlug, um alle weiteren derartigen Unannehmlichkeiten zu vermeiden, vor, daß in Zukunft der Ortsgrupppenvorstand bei Stücken mit jüdischen Rollen zu einer Probe eingeladen werden würde, damit ihm die Möglichkeit gegeben werde, sein Urteil zu äußern.

Zum Gesandtenmord in Warschau.

Vor einiger Zeit wurde in Warschau der russische Sowjet-Gesandte Woykow ermordet. Daran knüpfte ein völkisches Blatt nachstehende Briefkastennotiz:

„Es stimmt: Der in Warschau erschossene Jude Woykow aus Moskau ist derselbe, der die Morde an der Zarenfamilie auf dem Gewissen hatte. Das „Todesurteil“ trägt seine Unterschrift: Gottes Mühlen mahlen langsam . . . Heil.“

Wir bemerken dazu das folgende:

Woykow stammt aus dem russischen Kleinadel und ist Angehöriger der russisch-orthodoxen Kirche; er ist zwar ein alter Revolutionär, steht aber zum Zarenmord in gar keiner Beziehung. Der angebliche Jude, der beim Zarenmord ein Rolle spielt, hieß Jurowski. Woykow ist in keinem der Berichte und Protokolle, die über den Zarenmord existieren, genannt. Das Gerücht hat seine Ursache darin, daß Woykows Frau eine russische Jüdin ist. Ihre Eltern wohnen noch jetzt in Warschau.

Deutsche Bau- u. Siedlungsgenossenschaft Darmstadt.

In den „Mitteilungen für den inneren Betrieb“ vom 20. Januar 1926 hatten wir über die Bau- und Siedlungs-Genossenschaft u. a. das Folgende gesagt:

Diese Bau- und Siedlungsgenossenschaft nimmt zwar Voranmeldungen zum Landerwerb an, fragt dabei aber nach der Konfession und schließt jüdische Bewerber aus. Dazu kommt noch, daß sie Agitationsredner in judenreinen Orten reden läßt und unter dem Schlagwort „Aufwertung, Wirtschaftskrisen“ in bekannter Art gegen Juden hetzt.

Heute bringen wir ergänzend noch diese Tatsachen zur Kenntnis:

In der Nummer 21565 der „Göttinger Zeitung“ vom 18. Mai befindet sich unter der Ueberschrift „Zinsloses Baugeld, ein denkbar ungerechtes System der Deutschen Bau- und Siedlungs gemeinschaft Darmstadt“, ein Aufsatz, der sich außerordentlich genau mit der Arbeitsmethode der Siedlungsgenossenschaft beschäftigt und in dem sich u. a. folgende Sätze finden:

„Ein ebenso interessantes wie fehlgeschlagenes System, hat die ‚Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft Darmstadt‘ mit ihrem ‚zinslosen Baugeld‘ angewandt, das zu der denkbar ungerechtfertigsten Bereicherung einzelner Mitgliedergruppen führt.

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir eine Zuschrift ‚Zinsloses Bargeld‘, die wir aus den Kreisen der Genossenschaft erhielten. Nunmehr mag eine Kritik des Systems folgen. (Folgt eingehende Kritik der Darlehensbedingungen, Zinssätze usw.).

Hieraus ergibt sich, auf wieviel Darlehnsanwärter ein Haus entfällt. Ein Köder für Interessenten, denen diese Vorschriften unbequem sind, ist die Bestimmung des § 18 der Darlehnsbedingungen: Für außergewöhnliche Fälle können zu Bauzwecken aus den zu vergebenden Darlehnssummen ca. 5% abgezweigt werden. Diese Vorschrift eröffnet den Mitgliedern dieselben Aussichten wie eine Lotterie! Die Propaganda der Genossenschaft richtet sich gegen die Ausbeutung der Darlehnsnehmer durch das Kapital. Was setzt sie an die Stelle dieser „Ausbeutung“? . . .

„Nehmen wir einmal an, die D. B. S. hätte eine geschlossene Mitgliederzahl von 5000, dann sind nach Ablauf von 23 Jahren rund 44 Prozent mit der Darlehnsgewährung zum Zug gekommen, während nun weitere 56 Prozent warten. Der letzte muß naturnotwendig erst nach 83 1/3 Jahren zum Zug kommen, denn das Kapital ist, wie wir ebenfalls festgestellt haben, bei zinsloser Zahlung erst nach dieser Zeit beisammen . . .“ (Folgt ein Beispiel).

„Hieraus ergibt sich, daß die D. B. S. ein Unternehmen ist, das, wie bei einer Lotterie, einer Gruppe unerhörte Gewinne auf Kosten anderer verschafft. In der Nummer 8 des Jahrganges 1927 der Zeitschrift „Ostpreußisches Heim“ ist die Behauptung der Propagandaredner der D. B. S., daß die beigetretenen Mitglieder bereits nach Jahresfrist ihr volles Baugeld erhalten, durch die interessante Berechnung widerlegt, daß die Genossenschaft zur Erfüllung dieses Versprechens Ende 1927 800 000 Mitglieder, Ende 1928 40 000 000 haben müßte! Und 1929? Es wird nicht lange dauern, dann braucht die D. B. S. den ganzen Erdball, um Deutschland mit Wohnungen zu versorgen! Wir überlassen es unseren Lesern, sich ein Urteil über die D. B. S. zu bilden.“

Nationale Einheitsfront E. V.

In den Mitteilungen des Syndikus Nr. 13 v. 1921, S. 183, hatten wir vor der „Nationalen Einheitsfront E. V.“ gewarnt. Nachdem wir eine ausführliche Korrespondenz mit der Vereinigung geführt haben und nachdem ihre Satzungen abgeändert worden sind, stellen wir fest, daß nichts mehr gegen sie einzuwenden ist. Die nachstehend angegebenen Ziele werden die Billigung der meisten unserer Mitglieder finden. Beobachtung ist trotzdem angebracht.

Die Nationale Einheitsfront hat es sich laut § 1 zur Aufgabe gemacht, gegen die Vergewaltigung des Deutschen Reiches und für die Wiederherstellung seiner Ehre und Weltgeltung zu kämpfen. Demgemäß richtet sich ihr Kampf unter Ausschluß jeder Stellungnahme zu innerpolitischen Fragen in erster Linie gegen den Friedensvertrag von Versailles und alle sich aus ihm ergebenden Folgerungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Zur Erreichung dieser Ziele erstrebt die Nationale Einheitsfront über alle Parteischranken hinweg die Sammlung des Deutschtums in aller Welt und die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Rückgabe der entrissenen Gebiete und die Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk. Sitz des Vereins ist Berlin (Schöneberg, Am Park 20).

Der Mensch im Affenkäfig.

In den „Völkischen Nachrichten für Sachsen“ und auch in anderen Zeitschriften befindet sich ein Artikel unter der obigen Ueberschrift; in diesem wird dargelegt, daß ein Schaubudenbesitzer, der Jude Adolf Fenyes einen Affenmenschen, den er den Eltern abgekauft hatte, auf Jahrmärkten in Schaubuden gezeigt habe.

Wir haben feststellen lassen, daß Fenyes tatsächlich Jude ist und ein Panoptikum besitzt. Zur Vorführung des Affenmenschen ist es aber in Budapest überhaupt nicht gekommen, da sich die Zeitungen, darunter auch die jüdischen, sofort ins Mittel gelegt haben und die Behörde rechtzeitig ein Verbot erlassen hat.

Münchener Zeitung.

Die deutschnationale „Münchener Zeitung" brachte in ihrer Nummer 199—200 einen Artikel über den 10. Deutschen Studentenschaft in Würzburg, in dem es u. a. folgendermaßen heißt:

„Nach ersterer Auffassung gehört der zur Deutschen Studentenschaft, dessen Herz für sein Vaterland und die Reinerhaltung seines Volkstums schlägt, nach der zweiten Auffassung erkauft sich jeder die Zugehörigkeit, wenn er nur deutsch spricht und den Nachweis seiner Abstammung führt, wenn er auch innerlich dem Deutschtum als Volkstum fremd gegenübersteht, wie die österreichischen sozialdemokratischen und jüdischen Studenten, die auf das Deutschlandlied mit Pfuirufen antworten."

Unsere Münchener Geschäftsstelle wandte sich darauf an die Redaktion mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß derartige Sätze in dem Blatte Aufnahme finden konnten und fügte Ausführungen über die wahre Gesinnung der deutschjüdischen Sudentenschaft hinzu. In Nr. 202 der „Münchener Zeitung" wurde von dieser Zuschrift in einem Artikel „Deutschlandlied und Studentenschaft" Mitteilung gemacht. Es wurde darin u. a. erklärt, daß nur von österreichischen Studenten die Rede gewesen sei. Im Anschluß daran heißt es:

„Wir glauben daher, daß das Befremden des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" über unsern Bericht nicht am Platze war, konstatieren aber gern, daß die in dem Central-Verein zusammengeschlossenen Juden nach dem uns zugegangenen Schreiben, sich innerlich dem Deutschtum durchaus nicht fremd fühlen, und daß ihr Herz für Deutschland schlägt genau so wie die Herzen derer, die nur die Reinheit der Abstammung als Kriterium der Volksgemeinschaft gelten lassen wollen. Wenn dann aber das Schreiben des Central-Vereins Zweifel ausdrückt, daß deutschjüdische Studenten auf das Absingen des Deutschlandliedes mit Pfuirufen reagiert haben sollen, so müssen wir erklären, daß dies in unserm Artikel garnicht behauptet worden ist und keineswegs eine Verallgemeinerung beabsichtigt war, die den Eindruck erwecken könnte, als ob die deutsch-jüdische Studentenschaft in ihrer Gesamtheit antideutsch eingestellt wäre."

Hagener Paßfälschungen.

Die völkischen Zeitungen berichteten vor kurzem unter großen Ueberschriften von einer Fälschungsaffaire im Hagener Einwohnermeldeamt, in die Ostjuden verwickelt seien. Wir haben sofort die nötigen Feststellungen getroffen und teilen zur Klärung der Angelegenheit folgendes mit:

Die gefälschte Meldeamtsbescheinigung ist in der Tat zugunsten ostjüdischer Zuwanderer gegen Entgelt vorgenommen worden. In den Hauptverhandlungen, die bisher stattgefunden haben, sind die Beteiligten in der Regel zu 2 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden. Wie wir von gut informierter Seite erfahren, wird das Innenministerium höchstwahrscheinlich gegen die Verurteilten nicht mit Ausweisungen vorgehen.

Entgegen den Pressemeldungen ist jedoch der Täter selbst, der die Fälschungen vorgenommen hat, nicht Ostjude, er ist in Halver (Kr. Altena) geboren und bekennt sich zur reformierten Konfession.

Eisenbahn-Zentralbuchhandlung.

Bei der Bahnhofsbuchhandlung Neckarelz lagen auffallend viel rechtsradikale Blätter aus. Auf Anfrage versicherte der Buchhändler, daß er die Zeitungen in dieser Zusammenstellung von der Eisenbahn - Zentralbuchhandlung (Inhaber Schmidt), Heidelberg geliefert bekomme. Er erklärte, daß außer vom „Fridericus" von keiner der beanstandeten Zeitungen auch nur ein Exemplar verkauft würde. Unsere Ortsgruppe Mannheim setzte sich darauf mit einem befreundeten Abgeordneten in Verbindung, der den Inhalt der Beschwerde an die Reichsbahndirektion weiter leitete. Daraufhin erschien der Inhaber der Eisenbahn-Zentralbuchhandlung bei dem Abgeordneten, um ihm auf Veranlassung der Reichsbahndirektion die nötige Aufklärung zu erteilen. Bei dieser Unterredung entstand der Eindruck, daß es nicht in der Absicht der Buchhandlung gelegen habe, rechtsstehende Zeitungen zu bevorzugen. Der Inhaber gab jedoch zu, daß früher der eine oder andere Verkäufer im badischen Hinterland gelegentlich eigene Wege gegangen sei. Darauf sei dann jeweils Versetzung oder Entlassung des Betreffenden erfolgt. Die Reichsbahndirektion richtete selbst noch ein Schreiben an den betreffenden Abgeordneten, in dem es u. a. heißt:

„. . . Wir haben aus Ihrem Schreiben immerhin gern Anlaß genommen, die Bahnhofsbuchhändler wiederholt an ihre vertragliche Verpflichtung zur Vermeidung jeder einseitigen politischen Einstellung zu erinnern. Die Bahnhofsbuchhändler sind gerne bereit, von sich aus schon jeder Beschwerde nachzugeben und berechtigten Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen."

Städtisches Krankenhaus in Weimar.

Im Stellennachweis der „Aerztlichen Mitteilungen" (Nr. 11 vom 19. März 1927) wurde für das Städtische Krankenhaus in Weimar ein evangelischer Assistenzarzt gesucht.

Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe trat darauf mit dem zuständigen Stadtrat in Verbindung und erhielt vom Wohlfahrtsamt des Stadtvorstandes der Landeshauptstadt, dem das Krankenhaus untersteht, am 7. Juni folgenden Bescheid:

„Zukünftig werden konfessionell gefaßte Anzeigen des städt. Krankenhauses nicht mehr erscheinen."

Allgemeine Ortskrankenkasse Hannover.

Ein Mahnschreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hannover an die dortige Talmud Thora Schule war mit einem Hakenkreuz verunziert. Eine Untersuchung unserer Geschäftsstelle Hannover bei der A. O. K. in Gegenwart des Vorsitzenden und des Direktors ergab nach Vernehmung der in Frage kommenden Beamten, daß das Hakenkreuz in der A. O. K. nicht angebracht worden sein konnte. Auch bei der Post konnte dies nicht geschehen sein. Da der Brief mit anderen Sachen am 22. herausgegangen ist, aber den Poststempel vom 25. trug, läßt sich die Sache nur so erklären, daß der Brief durch ein Versehen der Frankiermaschine ungestempelt in falsche Hände geraten ist und auf diese Weise mit einem Hakenkreuz versehen wurde. Es trifft demnach weder die A. O. K. noch die Post ein Verschulden.

Wirtschaftspolitisches.

J. G. Farben.

Von verschiedenen Seiten gelangte an uns die Anfrage, ob seitens der „J. G. Farben-Industrie" irgendwelche judenfeindlichen Maßnahmen bekannt geworden sind. Wenn auch nach den von uns angestellten Ermittlungen von direkten judenfeindlichen Maßnahmen des genannten Konzerns nicht gesprochen werden kann, so besteht doch seit Jahren die Tatsache, daß jüdische Beamte dort nicht angestellt werden.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband.

Die „Ostdeutsche Angestelltenwarte", das Organ des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.) Nr. 6 vom Juni 1927 bringt eine Notiz über den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der wir folgende charakteristische Stellen entnehmen:

„Daß der D. H. V. für seine Einrichtungen und Veranstaltungen Propaganda macht, ist durchaus in der Ordnung. Die Art und Weise wie er das macht, verdient allerdings von Zeit zu Zeit näher beleuchtet zu werden. Man lasse nachstehende Gegenüberstellung auf sich einwirken:

I. „Prospekt".

der Deutschnationalen - Versicherungs - Aktiengesellschaft, Hamburg, Holstenwall 3—5.

. . . .

Dieser gesunde nationale Egoismus wird jeden national denkenden und national fühlenden deutschen Mann, jede deutsche Frau dazu führen, ihre Lebens-, Feuer-, Einbruchsdiebstahl- und Krankenversicherung nur einem Unternehmen zu übertragen, das von deutschen, national gesinnten und national handelnden Männern verwaltet wird, daß seine Gelder nur der deutschen Wirtschaft, nur deutschen Unternehmungen, nur deutschen Volksgenossen zur Verfügung stellt und bewußt auf die Unterstützung und Benutzung fremdländischer Institute oder des jüdischen Großkapitals verzichtet. Ein solches Unternehmen ist die 1913 gegründete Deutschnationale Versicherungs-Aktiengesellschaft."

Während hier fremdländischen Instituten „und jüdischem Großkapital" der Kampf angesagt wird, wird durch die im folgenden erwähnte Veranstaltung beides unterstützt. Die „Angestelltenwarte" fährt mit dem Abdruck des folgenden Schreibens fort:

„II. D. H. V. Ortsgruppe Crimmitschau.

Crimmitschau, den 19. März 1927.

Sehr geehrter Herr!

Die unterzeichnete Ortsgruppe veranstaltet am Donnerstag, den 24. März 1927, eine Ausstellung neuzeitlicher Büromaschinen...

Wir gestatten uns, usw.... Mit vorzüglicher Hochachtung Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Ortsgruppe Crimmitschau."

Und nun kommt das Beachtenswerte: Von zwölf ausgestellten Büromaschinen sind nicht weniger als fünf amerikanischen Ursprungs, und zwar folgende:

(folgt Aufzählung).

Inwieweit bei den anderen ausgestellten Maschinen jüdisches Großkapital investiert ist, wollen wir lieber nicht untersuchen."

Singer A. G. Wittenberge.

Gewisse Vorgänge bei der Singer A.-G. in Wittenberge haben uns veranlaßt, durch einen unserer Freunde bei der dortigen Direktion vorstellig zu werden. Der leitende Direktor des Werkes hat unserem Vertrauensmann gegenüber erklärt, daß er die betreffenden Vorkommnisse genau nachprüfen und dafür sorgen werde, daß Entgleisungen unterer Organe nicht mehr vorkommen. Er erklärte, die Singer A.-G. wolle nicht nur ihre Freunde in der Stadt Wittenberge behalten, sondern es komme ihr noch weit mehr darauf an, den Ruf irgendwelcher Judenfeindschaft zu vermeiden, da das Unternehmen mit Juden geschäftlich überaus eng liiert sei.

Selbstmordziffern in Preußen.

In Deutschland kamen auf je 100 000 Einwohner Selbstmorde:

1888—1890	19,8
1891—1900	20,6
1901—1910	21,4
1911—1913	22,4
1914	21,8
1915—1919	16,9
1920—1924	21,7

Für 1925—1926 sind die Ergebnisse noch nicht abgeschlossen, sie dürften sich aber kaum von denen der Nachkriegsjahre unterscheiden. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß die Häufigkeit des Selbstmordes in den Großstädten stärker ist, als auf dem flachen Lande. Da die Juden meist in Großstädten wohnen, so kommen die Selbstmorde bei ihnen prozentual häufiger vor, als bei den Angehörigen anderer Konfessionen, wie folgende Zahlen beweisen, die für den Zeitraum von 1908—1924 für Preußen errechnet worden sind.

Auf eine Million entfallen Selbstmorde bei

Jahrfünft	Protestanten	Katholiken	Juden
1908—1913	270	118	322
1914—1918	216	86	349
1919—1924	250	105	416

Das stetige Anwachsen der Zahl jüdischer Selbstmörder ist wahrscheinlich auf die wirtschaftliche Not der Inflationszeit zurückzuführen. Gegenüber diesen Ergebnissen sind unkontrollierbare Mitteilungen über die geringe Zahl jüdischer Selbstmörder in kleineren Bezirken gegenstandslos.

Juden in der Reichswehr.

Auf unsere Rückfrage über Juden in der Reichswehr haben wir von dem Landesverband Thüringen die Mitteilung erhalten, daß sich dort kein Jude in der Reichswehr befindet, dasselbe wurde uns von Nürnberg gemeldet. Nach Pressenotizen soll General Haack im Haushaltsausschuß des Reichstags über die Religionszugehörigkeit der Reichswehrsoldaten folgende Angaben gemacht haben: Evangelische 76 573, Katholiken 2759, Germanische Glaubensgemeinschaft 2, Juden 12, Dissidenten 5, Freidenker 1, ohne Bekenntnis 2, außerdem noch einige Mennoniten, Baptisten, Mormonen usw.

Jüdische Kreisärzte.

In verschiedenen Landesteilen macht sich ein auffallender Rückgang des Anteils jüdischer Aerzte an den Kreisarztstellen bemerkbar. Wir bitten um Uebersendung von Material, das die Möglichkeit bietet, diesen Eindruck zahlenmäßig nachzuprüfen.

Rechtsschutz.

Juristenkonferenz.

Aus Anlaß der Juristentagung sind uns von einer großen Anzahl von Teilnehmern Dankschreiben zugegangen, von denen wir einige nachstehend zum Abdruck bringen.

Professor M. W., Hamburg, schreibt:

„Gestatten Sie mir, Ihnen mit dem Dank auf Ihre liebenswürdigen Zeilen die Versicherung zu geben, daß ich in meinem kongreß- und tagungsreichen Leben selten an einer Versammlung teilgenommen habe, die an wohldurchdachter Vorbereitung und mustergiltiger Leitung einen Vergleich mit der Juristentagung des C. V. aushält. Der glänzende Verlauf der Veranstaltung beweist, daß die Saat, die Sie, hochgeehrter Herr Kollege, und Ihre Mitarbeiter seit Jahren in unermüdlicher Arbeit gesät haben, reiche Früchte zu tragen beginnt".

Dr. K. F., Würzburg schreibt:

„Ich nehme gerne Gelegenheit, nochmals herzlichen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben an der Tagung teilzunehmen. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich anfänglich der Frage wegen der Zweckmäßigkeit und des Bedürfnisses nach einer solchen Veranstaltung skeptisch gegenüber stand. Der Verlauf hat gezeigt, daß diese Bedenken gänzlich unbegründet gewesen sind. Ich stehe nicht an zu versichern, daß das Ergebnis der Tagung für jeden einzelnen Teilnehmer ungemein wertvoll geworden ist. Ich sehe die Bedeutung darin, daß die Referate einen Ueberblick über die Schwierigkeiten gegeben haben, die sich dem Fachmann in der Behandlung der uns beschäftigenden Angelegenheiten nach Lage der Gesetze und der Rechtssprechung entgegenstellen. . . . Ich bin überzeugt, daß jeder Teilnehmer eine Fülle von Anregungen mitgenommen hat, deren praktische Verwertung im Interesse der Sache nicht ausbleibt."

Prof. N. St., Karlsruhe schreibt:

„Für die gütige Uebersendung der Mappe, die die Teilnehmer an der Juristentagung des Central-Vereins erhielten, sowie Ihre freundlichen Mitteilungen über den Verlauf der Besprechungen sage ich Ihnen verbindlichsten Dank . . . .

Der Wert einer solchen Tagung besteht allerdings nicht allein in den Verhandlungen; die eigentliche Arbeit folgt erst nach. Aber bedeutungsvoll ist es sicherlich, daß sich eine so stattliche Zahl von Juristen zum Central-Verein und zu seiner Arbeit bekennen; und diese Tatsache allein schon wird ihren Eindruck nicht verfehlen und auch ihre Früchte in der Arbeit des täglichen Lebens zeitigen können."

Unsere Rechtsschutztätigkeit.

I. Offizialverfahren.

Einige Fälle, die bei ihrer Veröffentlichung in der „C. V.-Zeitung" großes Interesse hervorriefen, sind in der Berichtszeit in erster Instanz entschieden worden. Die „C. V.-Zeitung" hat jeweils ausführliche Berichte über die Verhandlungen gebracht. Der Uebersicht wegen seien sie an dieser Stelle kurz skizziert zusammengestellt.

a) Die „Flamme". In der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Bamburg wurde festgestellt, daß die Behauptung, der Talmud billige die Schändung nichtjüdischer Frauen, eine Fälschung sei. Der Angeklagte Mölter — der zweite Angeklagte Redakteur des „Völkischen Beobachter", Stolzing — Czerny, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert — erhielt Mk. 500,— Geldstrafe. Es ist von Seiten des Verurteilten wie des Nebenklägers Revision eingelegt worden. Dem Nebenkläger, Rabbiner Ksinski, ist vom Central-Verein Rechtsschutz gewährt worden. Seine Vertretung hatte der Rechtsbeistand des Landesverbandes Bayern, Herr Justizrat Levinger-München übernommen.

b) Majewski: Der Verfasser des Liedes „Die Nationale" war auf Strafanzeige des C. V. unter Anklage gestellt worden. In der Aufforderung „Rottet Juda aus" war der Tatbestand des § 130 St. G. B. (Aufreizung zum Klassenkampf), in der Formulierung „Satan Jahwe" der des § 166 (Gotteslästerung) erblickt worden. Auf Grund der Zeugenaussage des Sachbearbeiters der Centrale wurde Majewski zu drei Monaten Gefängnis gem. dem Antrag des Staatsanwaltes verurteilt. Er hat Berufung eingelegt.

Der Central-Verein nahm Veranlassung, dem Vorsitzenden der erkennenden Kammer Material über Talmud und Rassenfragen zu übermitteln, da die Verhandlung die Notwendigkeit näherer Information über diese Probleme ergab.

c) Apotheker Meyer-Norden: Ein Berliner Mitglied — Reisender von Beruf — war von dem Besitzer der Hirsch-Apotheke in Norden (Ostfriesland) namens Meyer, als er dessen Apotheke in Anspruch nahm, in unflätiger Weise beschimpft und bedroht worden. Auf seinen Strafantrag hin war unser Mitglied vom Amtsanwalt auf den Weg der Privatklage verwiesen worden. Auf Grund unserer Mitwirkung erhob der Staatsanwalt in Aurich vom Amtswegen Anklage. Meyer wurde zu 100,— Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

II. Privatklageverfahren.

Ein Berliner Mitglied war von einem Breslauer Kaufmann in einer Zuschrift judenfeindlicher Art beschimpft worden. Wir gewährten dem Beleidigten Rechtsschutz. In erster Instanz wurde der Breslauer Kaufmann zu Mk. 100,— Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung kam es zu einem restlos befriedigenden Vergleich, in dem unter anderem Zahlung einer Spende an den C. V. vereinbart wurde.

Daneben hat der Rechtsschutzdezernent in einer großen Anzahl von Fällen zu Anfragen von Landesverbänden, Ortsgruppen wie auch von privater Seite beratend durch Erstattung von Gutachten Stellung genommen.

Ritualmord?

Das von Goebbels neuerdings in Berlin herausgegebene nationalsozialistische Montagsblatt „Der Angriff" brachte in seiner Nummer 4 vom 25. Juli unter der Ueberschrift: „Es war ja ein armes deutsches Mädchen" eine angeblich aus Kreisen des Berliner Polizeipräsidiums stammende Zuschrift. Es wird darin im Anschluß an die Ermordung eines Dienstmädchens die sich vor einigen Monaten in Berlin zugetragen hat, erzählt, daß am Halse der Ermordeten schwere Messerstiche festgestellt wurden. Zum Schluß heißt es:

„Hält das Polizeipräsidium die Berliner Einwohnerschaft wirklich für so naiv, daß es glaubt, ihr weismachen zu dürfen, es handle sich um einen Raubmord? Ist es ihm unbekannt, daß sich in Pankow hartnäckig das Gerücht festgesetzt hat, es könne sich beim Fall Kaeding um einen Ritualmord

handeln, und weiß das Polizeipräsidium, was seine Erklärung angesichts dieses Gerüchtes bedeutet?"

Auf eine darauf bezügliche Anfrage die von uns an den Polizeipräsidenten gerichtet wurde, antwortete dieser u. a. das Folgende:

„Die in dem erwähnten Montagsblatt über den Charakter der Tat aufgestellte Behauptung ist derart abwegig, daß ich es nicht für erforderlich erachtet habe, jenen Ausführungen irgendwie entgegenzutreten. Wie grundlegend falsch übrigens die Voraussetzungen sind, von denen der erwähnte Artikel ausgeht, ist aus seinen Vorbemerkungen zu ersehen:" „. . . Die Polizei, die eine Zeitlang auf mehreren Spuren fahndete, will nunmehr ihre Nachforschungen vorläufig mangels geeigneter Anhaltspunkte einstellen . . ." Demgegenüber sei die Tatsache hervorgehoben, daß die Ermittlungen noch in vollem Gange sind und im übrigen erst eingestellt werden, wenn die Tat ihre Aufklärung gefunden hat."

Aufklärung.

Ein **Würzburger Universitätsprofessor** bestätigt mit folgendem Schreiben die Zusendung der „C. V.-Zeitung":

„. . . . Ich verfolge mit lebhaftem Interesse den Inhalt der Zeitung, die ja auch wertvolles Material zur Geschichte des Judentums bringt, und sammle die einzelnen Nummern.

gez. Unterschrift."

*

Ein dem Adelsstande angehörender Kommerzienrat aus Rostock schreibt:

„Auf Ihre werte Zuschrift vom 10. ds. Mts. beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die mir in dankenswerter Weise zugestellten Nummern der „C. V.-Zeitung" für mich von großem Interesse gewesen sind. Ich habe mit Bedauern aus diesen Blättern ersehen, gegen wieviel Unverstand, Böswilligkeit und Gesinnungsroheit Sie Veranlassung haben anzukämpfen, und kann man daher nur wünschen, daß Ihre rückhaltlosen Bekundungen in weitere Kreise dringend, zu einer gerechteren Beurteilung in der Judenfrage mit beitragen. Daß das Problem der Judenfrage in seiner Gesamtheit — ganz abgesehen von den bedauerlichen antisemitischen Ausschreitungen — ein außerordentlich schwieriges ist, bedarf Ihnen gegenüber gewiß keiner besonderen Betonung. — Gerne gebe ich Ihnen anheim, mir auch für die Folge Ihre geschätzte Zeitung zukommen zu lassen."

*

Wir veröffentlichen ferner die Zuschrift eines Professors aus Elberfeld:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Ich bin Ihnen nach wie vor dankbar für die Zuweisung Ihrer C. V.-Zeitung! Tiefer Schmerz und beklemmende Scham überkommt mich beim Lesen der Berichterstattung über alle die wüsten Rohheiten in Taten und Worten, die an dem kulturellen Gut, an Ehre und Besitz unserer jüdischen Mitbürgern begangen werden, aber von der Presse im großen und ganzen leider verschwiegen werden! Das ist nicht nur bedauernswert, das ist tief beschämend! Welcher seelischen, geistigen, rein menschlichen Verelendung sind wir doch preisgegeben?! Die so viel verletzende, ja zu quälenden Schmerzen führende Haß- und Rachehandlungen auslöst!

Wir alle dürfen nicht nachlassen, uns dagegen aufzulehnen, aufzuklären und zu versöhnen, uns einander nahezubringen!

Ich freue mich Ihrer tapferen und vornehmen Abwehr, — nur der geistig arme schimpft!

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. Unterschrift, Professor.

Unsere Leipziger Geschäftsstelle erhält aus ihrem Landesverband folgendes Anerkennungsschreiben:

„Ich danke Ihnen bestens für Ihre Freundlichkeiten und bestätige den Empfang der vier Aufklärungsschriften. Sie liefern mir Stoff zu einem schon längst geplanten Vortrag. Ich werde nicht versäumen, die Bücher auch in meinem Bekanntenkreis zirkulieren zu lassen, wenn ich sie durchstudiert habe, um auch dadurch den Rassenhaß mit zu bekämpfen und es wird mir ein besonderes Vergnügen sein, diese denen in die Hände zu spielen, deren verbohrte Ansicht ich bis jetzt noch nicht mit wissenschaftlichen Werken widerlegen konnte.

Ihre C. V.-Zeitung wird mir dabei ebenfalls gute Dienste leisten.

Hochachtungsvoll
gez. Unterschrift."

*

Die Hamburger Geschäftsstelle hielt eine **Umfrage** bei einer Reihe von Empfängern der Monatsausgabe ab. Von den eingegangenen Antworten geben wir folgende wieder:

„Vegesack, 11. Mai 1927.

Dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erwidere ich auf das Schreiben vom 10. Mai ergebenst, daß ich die C. V.-Zeitung mit Interesse lese und mich freuen werde, daß meiner Meinung nach zweckentsprechend ausgestaltete Blatt weiterhin zu erhalten.

Hochachtungsvoll
Professor gez. Unterschrift

*

Sehr geehrter Herr!

Für die Zusendung der Einmonatsausgabe Ihrer C. V.-Zeitung danke ich Ihnen sehr. Ich habe sie mit großem Interesse gelesen und freue mich, daß der antisemitischen Hetze, wie sie leider in Deutschland betrieben wird, in Ihrer Zeitung ein Gegengewicht entstanden ist.

Wenn Sie mir die Zeitung weiterhin zusenden würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Hochachtungsvoll ergebenst
Bürgermeister gez. Unterschrift.

*

Vegesack, den 15. Mai 1927.

Gern spreche ich Ihnen bezw. dem Central-Verein meine Anerkennung aus über die vorzüglich geleitete C. V.-Zeitung. Ich lese sie gern und hoffe, daß die ganze klare, bei aller Bestimmtheit doch vornehme Art der Aufsätze dem guten, notwendigen Ziele näher führen wird. Das ist mein aufrichtiger Wunsch. Gern würde ich das Blatt weiterlesen und würde dankbar sein für weitere kostenlose Zusendung, da ich leider wegen zu viel anderer Ausgaben nicht die Haltegebühr bezahlen kann.

Pastor gez. Unterschrift.

*

Ich danke Ihnen bestens für die bisherige Zusendung der C. V.-Zeitung, die ich mit Interesse las. Für weitere Zusendung des Blattes wäre ich Ihnen sehr dankbar, da es mir eine wertvolle und nach Art und Inhalt lehrreiche Lektüre bildet.

Oberbürgermeister gez. Unterschrift.

*

Kiel, den 30. 7. 27.

Für die weitere Zusendung Ihrer Zeitung wäre ich Ihnen . . . sehr verpflichtet. Ich glaube, daß dieses Blatt die von ihm geschätzten Interessen im Allgemeinen in unanfechtbarer Weise verbreitet. Ich kann mich nicht erinnern, an einem der vielen Blätter, die ich gelesen habe, Anstoß genommen zu haben. Dagegen informiert mich die Zeitung über alle Konfliktsfälle in erwünschter Weise."

Mit aller Hochachtung Ihr ergebener
gez. Geheimrat Professor
Unterschrift.

*

Kiel, den 14. 7. 27.

Mit verbindlichstem Dank bestätige ich Ihnen den Empfang Ihrer gefl. Zeitschrift vom 13. Juli 1927. Der Ausbau Ihrer mir freundlich unberechnet zugestellten Zeitschrift C. V.-Z. befriedigt mich in hohem Maße. Der Inhalt ist belehrend und vielseitig, die Schreibweise vorbildlich sachlich und selbst dem unanständigsten Gegner gegenüber stets äußerst vornehm. Meiner Ueberzeugung nach trägt die Zeitschrift zur Aufklärung der öffentlichen Meinung in sehr merkenswerter Weise bei. Ich habe mit dem edlen Kaiser Friedrich III. den Antisemitismus stets für die Schmach unseres Jahrhunderts gehalten und beklage auf das Tiefste, daß politisch und kulturell rückständige Menschen, die zudem großenteils auch ethisch recht minderwertig sind, üble Volksleidenschaft aufhetzen und damit ihre trüben Geschäfte machen. Der Antisemitismus ist, wie Pernerstorfer vor etwa 40 Jahren schon gesagt hat, wirklich ein Sozialismus der dummen Kerle.

Die fernere Zusendung Ihrer Zeitschrift wäre mir durchaus erwünscht!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. und phil.

gez. Unterschrift.

*

Ratzeburg, den 14. 7. 27.

Urschriftlich zurück mit dem Bemerken, daß mich der Inhalt der mir übersandten Zeitschrift sehr interessiert hat und daß ich, — in Anerkennung Ihres berechtigten Kampfes — die weitere kostenlose Zusendung gern annehme.

Erg. gez. Prof.

Unterschrift.

*

Vellahm i. M.

Da ich ein großes Interesse habe, Ihre Zeitschrift weiter zu lesen, bitte ich um gefl. kostenlose Zusendung. —

Hochachtungsvoll

gez. Hofbesitzer

Unterschrift

*

Kiel, den 22. 7. 27.

Ich habe die Zeitschrift mit großem Interesse gelesen und bin für weitere kostenlose Zusendung dankbar.

Ergebenst

gez. Stadtrat Prof.

Unterschrift.

* * *

„Neidlingen, den 13. Juli 1927.

Geehrte Schriftleitung!

Sie haben die Güte, mir Ihre Zeitung monatlich zuzusenden, wofür ich Ihnen bestens danke. Vor etlichen Jahren wurde mir stets eine Zeitung entgegengesetzter Richtung aus Lorch in Württemberg zugesandt, jedoch war sie in einem Ton geschrieben, durch den ich mich abgestoßen fühlte, besonders auch durch mancherlei unbewiesene Beschuldigungen der Angehörigen jüdischen Glaubens. Ich habe mir die Zusendung jener Schrift dann verbeten, schon aus dem ganz einfachen Grunde, weil ich für religiöse Duldung im weitesten Sinne eintrete. Wenn wir die boshaften, schmutzigen Hirnprodukte gewisser antisemitischer Zeitungen lesen, so glaubt man sich in Jahrhunderte zurückversetzt, in welchen Hexenprozesse und finsterer Aberglaube an der Tagesordnung waren. Und wenn ich da und dort von Schändungen jüdischer Friedhöfe höre, und lese, so empfinde ich tiefen Abscheu vor den Menschen, die Nationalismus und Menschenwürde fast ausschließlich für sich beanspruchen, aber nicht soviel Bildung aufbringen, das, was andern heilig ist, zu würdigen und zu ehren.

Ich stelle Ihnen diese Zeilen zu beliebiger Verwendung zur Verfügung.

Hochachtend

gez. Oberlehrer N. N."

Die Bücherei des Oberlandesgerichtes Breslau schreibt unserer dortigen Ortsgruppe:

„Wir bestätigen den Empfang der C. V.-Zeitung. Für den Fall, daß sie weiter überwiesen wird, wird sie hier zur Einsichtnahme für die Benutzer der Bücherei bereitgehalten werden."

*

Folgendes Schreiben aus Breslau, das in seiner Einfachheit besonders eindringlich wirkt, ging bei unserer dortigen Ortsgruppe ein:

„Durch Zufall bin ich mit Ihrer werten Monatsschrift, dem Organ des Central-Vereins, bekannt geworden. In Anbetracht der aufklärenden Arbeit Ihrer Zeitung, die sich zum Ziele setzt, der Wahrheit und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen, ist auch mein Interesse geweckt. Besonders, da ich Leser des „Goldenen Zeitalters" bin, einer Zeitschrift, die jederzeit für Recht und Wahrheit eintritt.

So bitte ich höflichst um Zusendung dieser Zeitschrift und Mitteilungen an untenstehende Adresse richten zu wollen."

Innerjüdisches.

Adam Röder über den Verband nationaldeutscher Juden.

In Nr. 5 der „Süddeutschen Conservativen Correspondenz", herausgegeben von Adam Röder, schreibt Röder einen längeren Aufsatz, betitelt „Vom ‚nationaldeutschen Juden'." Wir geben aus den Ausführungen, die, wie der Verfasser angibt, auf Grund einer nochmaligen genauen Durcharbeitung des gesamten Problems entstanden sind, einige Stellen auszugsweise wieder.

Nachdem Röder den Grundgedanken Naumanns nach der Richtung hin formuliert hat, daß Naumann die Juden als einen deutschen Stamm wie die Bayern, Franken, Schwaben etc. auffaßt, schreibt er:

„Der vollblütige Deutsche jüdischen Stammes, das ist der Jude, wie ihn Naumann auffaßt; er bleibt Jude und Deutscher, ob er mosaisch, nichtmosaisch, Atheist, getauft oder ungetauft, Mohammedaner, katholisch oder evangelisch ist; es gilt die nämliche Regel und Auffassung, wie bei allen anderen deutschen Stämmen. Das ist mit wenigen Worten — sofern ich richtig erkannt habe — die Grundeinstellung Naumanns und seiner Genossen. Und gegen sie ist nichts zu sagen.

Die Sache bekommt aber ein ganz anderes Gesicht, sobald die Methode Naumanns praktisch wird, und wenn er eine Skala von Werturteilen aufstellt und eine Klassifizierung vornimmt, für die nicht

die Spur eines Rechtes und einer inneren Logik vorhanden ist. Naumann unterscheidet drei Gruppen jüdischer Bevölkerung: Zionisten, Nationaldeutsche und — Zwischenschichtler. Was die Zionisten sind, wissen wir: es ist die völkische Gruppe innerhalb des Judentums, die die Juden wieder in ihr „Heimatland" zurückführen will. Die nationaldeutschen Juden sind solche, die sich vollkommen als Deutsche fühlen, immer nur deutsch und wieder deutsch, 100 prozentige Deutsche, wie die Alemannen und Franken, Schwaben und Sachsen usw. Dies Nationaldeutsche ist Gefühlssache; wie die Magnetnadel zum Norden, so schlägt dies Gefühl unbeweglich und unbeirrbar zum Deutschtum aus. Ein Beispiel. Der Ostjude ist für den nationaldeutschen Juden kein Bundesbruder; er tritt nicht für jenen ein, der Deutsche steht ihm näher. Dies Paradigma ist kennzeichnend für den Geist der Naumann'schen Haltung und Phraseologie. Es ist ein durchaus undeutscher Geist, und noch mehr: es ist ein inhumaner Geist, es ist chauvinistischer Geist, es ist der Geist einer prätentiös aufgemachten Unkultur. Die wirklichen deutschen Christen sind seinerzeit für ihre armenischen Glaubensbrüder eingetreten, obwohl die hohe Politik nichts davon wissen wollte. Ein deutscher Jude, der die Ostjuden — denn sind es vielleicht nicht Glaubensgenossen, so sind es doch Juden — mit einer chauvinistischen Geste von sich weist — die Deutschen stehen uns näher — der mag wohl ein tüchtiger National-Deutscher sein, aber ein Bekenner des großen allgemeinen Glaubensguts edler und reiner Menschlichkeit ist er nicht. Wenn Herr Naumann glaubt, sich mit dieser chauvinistischen Visitenkarte im deutschen Volk als tadelloser Nationaldeutscher einzuführen, irrt er sich. „Es liebt der Bruder seinen Bruder, und wo er kann, da hilft er gern." Das hat uns Beethoven in seinem Fidelio in einer einschmeichelnden Melodie als Vermächtnis edelsten Kosmopolitentums, das mit nationaler Gesinnung nicht in Widerspruch steht, hinterlassen. Das darf man im Jahre von Beethovens Säkularfeier feststellen. . . . .

Nun kommt der große logische Sprung: der Metaphysiker Naumann wird zum Dogmatiker eines plump-groben Realismus. Den „Zwischenschichtlern" — das ist die große Mehrheit der deutschen Juden — spricht er diesen untrüglichen Kompaß des Deutschgefühls ab. Woher weiß er das? Hat er den 200 000 erwachsenen Juden und Jüdinnen so unters Brusttuch gesehen, daß er ihre nationalen Gefühle so dogmatisch negativ valorisiert? Ist es nicht vielmehr richtig, daß er nur einige hundert kennt, auf die vielleicht seine Stigmatisierung paßt? Ich und viele andere deutsche Volksgenossen kennen jeder hunderte von Juden, die sich an Deutsch-Gefühl von keinem anderen übertreffen lassen. Woher nimmt, so muß man wirklich fragen, Herr Naumann die Dreistigkeit, 95 Prozent der deutschen Juden als „Zwischenschichtler" zu charakterisieren, denen jede im Gefühl verankerte rein deutsche Gesinnung abzusprechen sei? Das ist doch eine Brunnenvergiftung, wie sie schlimmer nicht geübt werden kann . . . .

Auch bei vorurteilsfreiester und nüchternster Prüfung seiner Schriften kommt man über die Tatsache nicht hinaus, daß hier ein dichterisch veranlagter Mann spricht, der etwas Großes und Besonderes will, aber nichts anderes erreicht, als daß er sich in die Nebenhöhle einer schwungstarken Phraseologie verirrt hat, der auch das bescheidenste Maß politischer und sozial-anthropologischer Einfühlung fehlt.

Herr Naumann ist ein begabter Mann; aber er irrt und er irrt bedenklich, weil sein Irrtum eine Waffe wird, die sich mit der Zeit gegen ihn selbst und das von ihm vertretene Judentum richten muß."

Warburg und der Keren-Hajessod.

Anläßlich des 60. Geburtstages des Herrn Max Warburg veröffentlichte die „Jüdische Telegraphen-Agentur" ITA in ihrer Nummer 126 vom 3. Juni eine Nachricht, in deren Schluß-Passus sich die Mitteilung befand, daß Warburg Mitglied des Keren-Hajessod ist.

Auf Grund zuverlässiger Information dementierten wir diese Notiz in der C. V.-Zeitung Nr. 24 vom 17. Juni. Darauf entgegnete die „Jüdische Rundschau" in ihrer Nummer 49 vom 21. Juni, unsere Angaben seien falsch und die Angaben der „ITA" richtig. Aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren wir dazu, daß die Angaben der „Jüdischen Rundschau" sich nicht bestätigen. Richtig ist vielmehr, daß die Firma Warburg & Co. vor Jahren einen Beitrag für den Keren-Hajessod gezeichnet hat; Max Warburg selbst hat es immer abgelehnt, dem Keren-Hajessod beizutreten.

Jüdisch-Wissenschaftliches Institut.

Wir teilen auf Anfrage Folgendes mit:

Das Jüdische Wissenschaftliche Institut wurde vor etwa zwei Jahren in Berlin als Forschungsinstitut für jiddische Kultur, Sprache und Geschichte begründet. Es hat Zweiganstalten in verschiedenen Ländern Europas und in Amerika und zerfällt in einige Forschungsgruppen. Nominell steht in Berlin an der Spitze Professor S. Dubnow. Die tätigen Berliner Mitglieder sind Dr. E. Tscherikower, Dr. J. Lestschinsky und Herr J. Koralnik. Der Initiator ist Herr N. Stif (Baal Dimjon), der früher als Emigrant in Berlin lebte, jetzt die jiddische Abteilung der Kiewer Wissenschaftlichen Akademie leitet. Es handelt sich um eine Gruppe „Jiddischisten", die in einem gewissen Gegensatz zum Hebraismus stehen. Von dieser Tendenz ist aber der Historiker Dubnow auszunehmen. Zur Klarheit ist noch festzustellen, daß diese Gruppe keinerlei Kontakt zu den russisch-jüdischen Kommunisten, die gleichfalls eine „Jiddischisierung" anstreben, unterhält. Das Institut hat bereits einige Hefte mit Forschungsergebnissen historischer und ethnographischer Natur veröffentlicht.

Kahle, „Zu Talmud, Maimonides und Schulchan Aruch".

Aus Anlaß des Prozesses, den Dr. Holländer gegen Fritsch wegen dessen Auslobung anstrengte und der mit der Verurteilung Fritschs endete (vergl. C. V.-Zeitung 1925 Nr. 19) erstattete Prof. O. Kahle ein Gutachten, das unter dem Titel „Zu Talmud, Maimonides und Schulchan Aruch" in einer beschränkten Anzahl gedruckt wurde. Dieser Abdruck, der als Material für unsere Mitarbeiter gedacht ist, wurde u. a. auch den in Betracht kommenden Universitätsinstituten, den Büchereien der Oberlandesgerichte, Rabbiner usw. zur Verfügung gestellt. Die Herausgabe des Gutachtens wurde überall lebhaft begrüßt. Die zur Verfügung stehende Anzahl von Exemplaren ist bereits vollständig verteilt. An eine Neuauflage ist nicht gedacht, da die Stellen, die dafür in Frage kommen, sämtlich beliefert sind. Nur wenn sich eine dringende wissenschaftliche und politische Notwendigkeit ergeben sollte, würde die Herstellung einer Neuauflage erwogen werden.

Organisation.

An die Herren Vorsitzenden und Beamten der Landesverbände.

An die Herren Mitarbeiter im Lande, insbesondere die Herren Vorsitzenden der Landesverbände, muß ich die dringende Bitte richten, für die Oeffentlichkeit bestimmte politische Kundgebungen nur dann zu veranlassen, wenn sie sich mit unserer Zentrale vorher ins Benehmen gesetzt haben. Unter diese Kundgebungen sind auch Glückwunsch-, Beileidstelegramme und ähnliches zu rechnen, die einen allgemein politischen oder jüdisch-politischen Einschlag haben. Erst vor ganz kurzer Zeit hat ein Landesverband ohne unser Wissen eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit beglückwünscht, ohne sich vorher der Uebereinstimmung mit uns versichert zu haben. Nach längerer Prüfung konnten wir den Standpunkt des Landesverbandes billigen. Das Telegramm erschien in diesem Falle schließlich angebracht, obwohl immerhin erhebliche Gründe auch gegen die Absendung gesprochen haben und erörtert werden mußten. Diese Gründe waren dem Landesverbande offenbar unbekannt.

Wenn auch dieser Fall zu irgend einer Beanstandung keinen Anlaß gegeben hat, so beweist er doch die Notwendigkeit, die erbetene Maßnahme unter allen Umständen zur Durchführung zu bringen.

Der Vorsitzende
des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E. V.

Sammelsendungen.

Unseren Mitarbeitern und Freunden, mit denen wir in regem Briefverkehr stehen, machen wir bekannt, daß wir wieder, wie das schon einmal während der Inflationszeit der Fall war, die sogen. „Sammelsendungen" eingeführt haben, um dadurch Porto zu sparen. Bei diesen Sammelsendungen kann es sich natürlich nur um Briefe und Mitteilungen handeln, deren Inhalt nicht an einen bestimmten Tag bezw. an einen Termin gebunden ist. Unseren Landesverbandsstellen empfehlen wir dringend, im Verkehr mit ihren Ortsgruppen in gleicher Weise zu verfahren. Zweckmäßig würde es sein, wenn die durch Sammelsendung beförderten Schriftstücke den Vermerk „Sammelsendung" tragen.

Inwiefern eine weitere Ersparnis durch Verwendung von Postkarten angestrebt werden kann, läßt sich nicht generell festlegen. Aber in allen solchen Fällen, bei denen es sich um weniger wichtige Anfragen, um Mitteilungen von Adressen und um Benachrichtigungen wegen mangelhafter Belieferung unserer Zeitung handelt, kann die Postkarte dem fast doppelt so teueren Brief vorgezogen werden.

Die Aufgaben der jüdischen Frau im C. V.

Anläßlich der Danziger Tagung des C. V. am 25. und 26. Mai hielt Frau Herta Klein-Königsberg folgenden Vortrag über obiges Thema:

Es ist heut von dem gesprochen worden, was der Central-Verein an Arbeit geleistet hat und welche Aufgaben seiner noch harren. Wenn ich das Maß der geleisteten Arbeit überdenke und es in irgend eine Beziehung zu der Zahl der ewig unzufriedenen C. V.-Mitglieder bringen will, dann will mir die Rechnung in keiner Weise stimmen. Aber, da wir ja von der Centrale her an ordnungsgemäßes Rechnen gewöhnt sind, muß ich versuchen, zu einer Lösung zu kommen und ich denke an den Sinnspruch von Logau: „Leser, wie gefall' ich Dir, — Leser, wie gefällst Du mir?" — Wenn ich diesen Spruch variiere und sage: C. V.-Mitglied, wie gefall ich Dir, — C. V.-Mitglied wie gefällst Du mir? — dann glaube ich schon eher einen Ausgleich zwischen „Soll und Haben" zu finden. — Ich gebe zu, daß die Frage des gegenseitigen Gefallens etwas heikel ist und stelle daher die Frage etwas einfacher und weniger allgemein und sage: „Wie können die Frauen dem C. V. nützen?"

Wenn ich an meine Schulzeit zurückdenke, muß ich gestehen, daß ich von jüdischen Dingen so gut wie nichts gelernt habe, man nahm damals die jüdischen Dinge recht lau. Der Religionsunterricht bot nicht viel, und vom Antisemitismus kannte man höchstens den Begriff, man lebte in jüdischer Gleichgültigkeit dahin. Sie alle wissen nur zu genau, wie jäh uns der Krieg aus unserm Dämmerschlaf aufgestört hat. Den Luxus der Gleichgültigkeit kann sich jetzt keiner mehr gestatten, und besonders wir Frauen müssen uns mit jüdischen Dingen befassen und versuchen, die Lücken auszufüllen, die die Mängel der Ausbildung gelassen haben.

Wenn heute die Frau im politischen Leben in der ersten Reihe kämpfen will, so soll sie sich erst einmal überlegen, wieviel gesunde Politik sie im „Innenministerium ihres eigenen Hauses" treiben kann. Wieviel Fäden spannen sich vom Haushalt, der uns oft so klein und unwesentlich erscheint, bis zum äußeren Leben, besonders zu den unteren Volksschichten. Da ist zuerst die Hausangestellte, das Mädchen für alles, das zum ersten Mal bei einem Juden in Stellung ist; sie wollte eigentlich nicht „beim Juden gehn", — sie hatte so komische Sachen über die Juden reden hören, aber nun ist sie furchtbar neugierig, wie das sein wird, sie paßt auf, sie schnüffelt und wittert und merkt am Ende: das sind ja genau solche Menschen wie die anderen, das Leben spielt sich bei ihnen in gleicher Weise ab wie bei nichtjüdischen Leuten. Daß die Freitagabendlichte auf dem Tische stehen, gefällt ihr gerade gut, und sie findet es ganz selbstverständlich, daß die Feiertage, von deren Glanz ja auch ein Strahl auf ihr bescheidenes Haupt fällt, festlich begangen werden. Da es in unseren jüdischen Häusern eine Selbstverständlichkeit ist, ein Mädchen gut zu behandeln, so fühlt sich das Mädchen wohl; ihren neugierigen Freundinnen berichtet sie bei nächster Gelegenheit, daß sie es sehr gut getroffen hat; ähnlich geht's mit der Waschfrau oder der Hausschneiderin oder Handwerkern, die in unserem Hause zu tun haben; all die Leute, die uns Juden kennen gelernt haben und gute Erfahrungen gemacht haben, werden sich nicht so schnell verhetzen lassen und Lügen, die

ihnen der „Hammer“ und ähnliche Schundblätter auftischen wollen, nicht so leicht glauben. Ein wichtiges Kapitel, das vielleicht noch nicht genügend bedacht worden ist, ist die Art, wie die Frau ihre Einkäufe erledigt, wenn sie trotz Wählen und Ueberlegen die Verkäuferin nicht unnötig hetzt und schikaniert, so wird sie sich auch im Geschäftsleben als Jüdin beliebt machen. Es würde zu weit führen, hier alle Möglichkeiten aufzuführen. Wenn die jüdische Frau sich erst klar wird, daß sie jede ihrer Handlungen nicht nur vor sich selbst, sondern vor allen Juden zu verantworten hat, — wenn sie sich bewußt wird, daß der Fehler, den sie begeht, allen Juden zur Last gelegt wird, dann haben wir schon viel gewonnen.

Es darf auch nicht sein, daß eine Frau, wenn sie von einer antisemitischen Beleidigung hört, verständnislos die Achsel zuckt und sagt: „Mir ist noch nie etwas antisemitisches passiert“. — Ja, hat denn diese Frau so wenig Gemeinschaftsgefühl, daß sie den Schlag, den eine andere versetzt bekommt, nicht am eigenen Leibe spürt? Muß es erst das Kind dieser Frau sein, das blaß und gedrückt aus der Schule heimkehrt und erzählt, daß es dort gequält und gehetzt wird? Die Mutter, die ängstlich ihr Kind vor Gefahr und Krankheit schützen will, — weiß sie nicht, daß es mindestens so wichtig ist, die Seele ihres Kindes zu schützen? Müßte nicht die Liebe zum Deutsch- und Judentum panzergleich die Seele des Kindes vor Rohheiten schützen? Die Frau, die weiß was auf dem Spiele steht, wird beizeiten mit ihrem Kinde sprechen, sie wird dem Kinde außer einem kräftigen „Wehre Dich“ auch noch so viele ethische Werte mit auf den Weg geben, daß das Kind stolz ist auf seine Religion und seine Kultur und sich als vollgültiger Deutscher fühlt; könnten wir dem C. V. besseres bringen als solche Kinder?

Aus dem Gefühl heraus, den Frauen auf den richtigen Weg zu helfen, haben wir in Königsberg eine Frauengruppe gegründet. Wir sagten uns: Die Frauen müssen aufgerüttelt werden, sie müssen vom Antisemitismus wissen, und sie müssen von jüdischen Dingen wissen; hier gilt an erster Stelle das Wort: Wissen ist Macht, denn nur, wenn die Frau vom Jüdischen etwas weiß, vom Talmud, Schulchan Aruch, von jüdischen Festen und Speisegesetzen, kann sie sich verteidigen, kann falsche Behauptungen widerlegen und kann, wenn sie geschult genug ist, auch einmal in einer gegnerischen Versammlung das Wort ergreifen, um sich auch da ihr Recht zu verschaffen. Nur, wenn die Frau von diesen Dingen etwas gelernt hat, kann sie ihrem Heim ein Gepräge geben, das den C. V.-Gedanken verkörpert.

Unsere Frauengruppe wurde vor ca. 4 Jahren gegründet und zählt heute 180 Mitglieder; von Statuten haben wir abgesehen, da wir uns als eine Filiale des C. V. betrachten. Ein Arbeitsausschuß, 7 Frauen und 2 junge Mädchen leistet die laufende Arbeit. Jedes Jahr im August, spätestens Anfang September, legen wir genau auf den Tag unser Winterprogramm fest, das in der Hauptsache aus Vorträgen besteht, die wir von berufener Seite einmal monatlich halten lassen. Um auch in unserer Gruppe Deutschtum und Judentum zu vereinen, suchen wir unser Programm so zusammenzustellen, daß abwechselnd einmal deutsche, einmal jüdische Interessen behandelt werden. —

Im Dezember gibt es einen gemütlichen Chanukka-Kaffee, an dem sich unsere Mitglieder tüchtig ausplaudern können; für eine Ueberraschung, Gesang, Rezitationen, Kindertänze, ist stets gesorgt, — so gehen unsere Damen von dieser Veranstaltung besonders befriedigt nach Haus. Ich möchte Ihnen das Programm eines Winters verlesen:

1. Talmud und Schulchan Aruch.
2. Judentum, Christentum und Islam.
3. Aufgaben der modernen jüdischen Frau.
4. Politik und Moral.
5. Jüdische Sitten und Gebräuche.
6. Autorität und Freiheit in der Erziehung.
7. Wie die Tageszeitung entsteht (mit Führung durch die Werkräume der „Hartungschen Zeitung“.)
8. Die Gestalt der Königin Esther in Bibel und Drama.

Wir bekommen vierteljährlich einen Durchschnittsbeitrag von 2 Mk., davon bezahlen wir die Honorare für die Referenten, Drucksachen und Porti, außerdem geben wir eine bescheidene Summe an den C. V., für die unsere Mitglieder die C. V.-Zeitung erhalten.

Von dem Wunsch geleitet, uns allein weiterzubilden, kommt der Arbeitsausschuß monatlich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, eine der Damen referiert über eine einschlägige Broschüre und es gelingt immer, eine Diskussion herbeizuführen. Ich sagte schon vorhin, daß zwei junge Mädchen bei uns mitarbeiten, wir brauchen ihre Hilfe, um eine Brücke zur Jugend zu schlagen; immer wieder versuchen wir, an die Jugend heranzukommen, in dem Bestreben, dem C. V. einen Nachwuchs zu schaffen. Im letzten Winter haben wir sogar eine große Jugendversammlung aufgezogen, die allerdings nicht unter unserer Flagge segelte. Unter unserer Leitung wurde ein Comité von jungen Mädchen und jungen Leuten gebildet, das mit der Devise: „nicht über 30 Jahr“ die Einladungen verschickte; das Thema lautete: „Der Weg der jüdischen Jugend unserer Zeit“.

Der Redner und der Versammlungsleiter waren auch Jugendliche und so konnte sich die Jugend einmal frei aussprechen. Wir wissen aber, daß mit einem Mal nichts getan ist, sondern daß wir ständig um die C. V.-Jugend werben müssen. Die Jugendbewegung steht immer wieder auf unserer Tagesordnung und macht uns noch viel Sorge und Kopfzerbrechen. Wir haben auch versucht, die Jugend zu kleineren Arbeitsgemeinschaften heranzuziehen. Wir haben sie eingeladen, einen Kreis von 12—14 jungen Menschen bekamen wir zusammen; ein Buch nach Wunsch wurde gelesen — und trotzdem bröckelte bei jedem Sonnabend etwas ab; wir mußten schließlich diesen Versuch als gescheitert aufgeben. — Wir sind aber nicht mutlos geworden und werden immer und immer wieder versuchen; wir sind uns

alle einig, daß wir von einer wirklichen C. V.-Jugend erst dann sprechen können, wenn die Eltern, hauptsächlich die Mütter den Keim zu dieser Entwicklung schon früh in die Kinderseele legen.

Ich habe Ihnen von unserer Frauenarbeit erzählt in der Hoffnung, daß Sie die Anregung mitnehmen und in Ihren Ortsgruppen verwirklichen. Es würde uns eine Freude sein, zu wissen, daß sich hier in Danzig oder in der Provinz Frauen finden, die unserem Beispiele folgen.

Wir wissen, daß die Hauptarbeit im C. V. immer nur von Männern geleistet werden kann, wir glauben aber, daß wir durch unsere Kleinarbeit die schweren Aufgaben fördern und wir hoffen — sollte der C. V. einmal fragen: C. V.-Mitglieder, wie gefallt Ihr mir? — nicht gar zu schlecht abzuschneiden.

Den künftigen Frauengruppen, zu deren Entstehen vielleicht der heutige Tag den Anlaß gibt, möchte ich heut schon als Motto zurufen:

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an".

Material

aus Büchern, Broschüren und Zeitungen.

Deutsche Rassenangst

von Dr. Michael Müller-Claudius.

Auf die bei C. A. Schwetschke & Sohn in Berlin erschienene Schrift „Deutsche Rassenangst", die mit unserer Beihilfe herausgegeben worden ist, weisen wir alle Freunde nachdrücklichst hin. Sie soll eine Biologie des Antisemitismus geben, wie der Verfasser auf dem Titelblattt ausdrücklich vermerkt. Er will dabei der Rassensymbolik auf den Grund gehen, das damit zusammenhängende Problem des Antisemitismus ergründen, das er nicht als ein jüdisches sondern als ein eminent deutschesProblem ansieht,wie überhaupt seine Schrift getragen ist von dem Gedanken, „sein deutsches Stammesvolk" vor den Gefahren der Rassenangst zu warnen.

Das 1. Kapitel, das der methodologischen Grundlegung gewidmet ist, zeichnet treffend den Sinn der Symbolzeugung. Kurz zusammengefaßt soll damit gesagt werden, daß die Menschen sich Symbole des Guten und Bösen schaffen. Das Symbol als Vorstellungsmacht steht im Gegensatz zu den politischen Realitäten. Es entfaltet nirgends eine größere Schicksalsmacht als in der Zone der Rassensymbolik.

Das 2. Kapitel stellt die Geburt des Antisemitismus fest.

Der Antisemitismus hatte nach den historischen Untersuchungen des Verfassers keinerlei rassische, sondern fast ausschließlich religiöse Motive. Der aufstrebende und kräftige Volksstamm der Franken kannte nicht jene Angst vor dem fremden Element mit seiner „zersetzenden" Kultur. Im Gegenteil, man rief den Juden ins Land, weil man ihn brauchte, von ihm lernen konnte und von ihm lernen wollte, um dann mit ihm zu wetteifern in dem Wettkampf des sozialen Lebens. Das waren gesunde Volksstämme nach des Verfassers Ansicht, die keine Rassenangst kannten. Das Rassebewußtsein der alten Franken war nicht exklusiv, es war im Gegenteil emporstürmend; es eingemeindete alles, was als motorische Kraft empfunden wird.

Wie klein nehmen sich dagegen unsere modernen Rassetheoretiker aus, die Abkehr predigen von allem, was nicht nach ihrer engstirnigen Betrachtungsweise als zum „eigenen Rassekern" historisch zugehörig empfunden wird.

Erst in der Zeit der Kreuzzüge, in der eine fanatisch religiöse Stimmung die Menschen beherrschte, kam es zu Verfolgungen der Juden. Sie wurden für die Mißerfolge verantwortlich gemacht, weil man in ihnen den Symboltyp des Ungläubigen, des Bösen sah. Der Jude selbst wurde daher als außerhalb der Gottesgemeinschaft stehend betrachtet und wirtschaftlich und rechtlich degradiert, so sehr vernünftige Persönlichkeiten aus Adel und Geistlichkeit sich auch dagegen stemmten.

Die Rassenangst ist das besondere Merkmal unserer Tage geworden. Im Antisemitismus der heutigen Zeit, steckt, wie Müller-Claudius sagt, eine ohnmächtige Furcht vor den großen „Maskenspielern", die den Deutschen im Geheimen regieren sollen. Das sind die Juden. Eine derartige Einstellung gab es bei den „Alten", wie der Verfasser sagt, nicht, denn sie hatten offene und klare Augen, durch deren helles Feuer der Erkenntnis die Symbolschemen verbrannt wurden.

Das 3. Kapitel ist überschrieben „Tragödie zwischen Kind und Rasse". Es dürfte durch die Veröffentlichung im „Morgen" unter dem Titel „Das jüdische Kind in der Schule" hinreichend bekannt sein. Wie treffend sind die psychologischen Erlebnismerkmale dargelegt, eine Studie, die zur Verbreitung in Lehrerkreisen besonders geeignet ist, ein Fingerzeig für den Pädagogen, mitzuhelfen daran, die Symbolvorstellungen innerhalb ihrer christlichen Schüler zu zerstören, damit diese von außen hineingetragenen Dinge nicht die Seele des Kindes in der Schule vergiften, und vor allem, damit sie nicht zum tragischen Kindheitserlebnis des jüdischen Schülers werden.

Der Antisemitismus, eine deutsche Gefahr, ist das Motto des 4. und letzten Kapitels. Das Symbolbild des Juden ist eine feige Entlastung, die Flucht vor dem Sehenmüssen, vor dem Kampf „mit den stählernen Waffen der Objektivität". Ist das Rassestolz? fragt Müller-Claudius, wenn man annimmt, daß der eine Jude, der auf hundert Deutsche kommt, die heldischen Kräfte ersticken könnte, die dem deutschen Wesen immanent sind. „Wir sind in Gefahr, ein Volk von Neurotikern zu werden, die vom Phantom des seltsam ererbten Symboltypenbildes regiert, erschüttert, verdüstert, und entmutigt werden. Laßt Licht in die Köpfe! Nüchternes, weißes Tageslicht! Es zerstreut das Symbolgewirke vom Juden, der uns schlägt. Wer zum ersten Mal dieses Symboltypenbildes lacht, fühlt in sich erlöste Kraft springen."

Struwwelpeter-Hoffmann.

Im „Struwwelpeter-Hoffmann, Lebenserinnerungen Dr. Heinrich Hoffmanns“, (Verlag Englert und Schlosser, Frankfurt a. M.) ist an nur wenigen Stellen eine Erwähnung der Stellungnahme des Verfassers zu seinen jüdischen Mitbürgern zu finden.

S. 85: Hier stehen die in der „Leuchte“ zitierten Sätze über die Freimaurerloge und ihr Verhalten zu jüdischen Mitgliedern. H. trat aus der Loge aus, als sie sich gegen die Anerkennung jüdischer Maurer aussprach, weil er darin einen „Widerspruch gegen den Grundsatz, daß in Logen weder von Politik noch von religiösen und konfessionellen Dingen gesprochen und verhandelt werden durfte“, erblickte.

S. 127: H. berichtet, er habe als Mitglied des Frankfurter Stadtparlaments „für manche liberale Bestimmung redlich mitgeholfen, so für die Emanzipation der Juden ....“

S. 138: H. setzte bei Gelegenheit des Neubaus der städtischen Irrenanstalt in Frankfurt durch, daß nicht wie bisher nur den Bürgern christlichen Bekenntnisses sondern auch den Landbewohnern und den Juden unentgeltliche Behandlung zugestanden wurde. „Wir aber hatten 8—10 000 Gulden von jüdischen Bürgern in unseren Listen, viele hatten nur unter der Voraussetzung des Zugeständnisses gleicher Berechtigung unterschrieben, andere ohne dieselbe. Natürlich wurden alle von Israeliten gezeichneten Beiträge nicht eingelöst und nicht eher eingezogen, bis diese Bedingung erfüllt war. Nach mannigfachen Bemühungen und Verhandlungen wurde auch dies durchgesetzt.“

Es finden sich dann noch ein paar Bemerkungen persönlicher Art:

S. 121: „Nun geht es mir mit den Juden wie mit den Franzosen. So überaus angenehm mir einzelne sind, in beherrschender Menge mag ich sie beide nicht.“

S. 193: H. bemerkt, daß mit der Zeit im Lesezimmer des Bürgervereins die Juden die Mehrheit der Besucher bildeten. Die Christen säßen lieber in den Bierhäusern. „Es sind in der großen Mehrzahl gut erzogene und anständige Männer, aber auch hier gilt: allzu viel ist ungesund!“ Deshalb hat H. sich einen kleinen Kreis von Freunden geschaffen, „wo wir zu sechs unter nur Christen in einem Bierkaffeehaus ... zusammenkommen.“

Eine nähere Erörterung der Beweggründe, die H. veranlaßten, für die Emanzipation der Juden einzutreten, findet sich nirgends. Seine ganze Einstellung, wie sie aus den drei erstgenannten Bemerkungen hervorgeht, ist offenbar die des gemäßigten Demokraten seiner Zeit, nämlich der 40er und 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Er zeigt sich als ein ehrlicher und durchaus gerecht empfindender Mensch. Sein Protest gilt der Verletzung des Logengrundsatzes, sein Eintreten für die Juden ist eine Konsequenz seiner natürlichen Auffassung von der Gleichberechtigung der Bürger, und in Bezug auf die Anstaltsangelegenheit entspringt seine Handlungsweise seinem Taktgefühl gegenüber jüdischen Geldgebern.

Man darf dieses Verhalten weder zu hoch noch zu gering veranschlagen. Es entsprang einem im Wesen H.'s wurzelnden Gerechtigkeitsgefühl verbunden mit innerer Freiheit und gesellschaftlichem Mut, drei Eigenschaften, die ihm zur Ehre gereichen. Es kamen ihm aber auch die Ideen und die politische Luft seiner Zeit zu Hilfe, so daß er nicht die Gefahren und die Einsamkeiten des Vorkämpfers zu bestehen hatte.

Daß sich mit einer so reinen und schönen Theorie eine gewisse Abneigung gegen Juden im großen und ganzen vertrug, braucht uns nicht zu verwundern. Die Emanzipationstheorie verlangte Duldsamkeit — nichts weiter, nicht persönliche Annäherung, nicht eingehendes Kennen — und Verstehenlernen, nicht Mitfühlen und nicht Mitlieben. Die gesellschaftliche Praxis blieb daher meistens hinter der Theorie an Schönheit weit zurück.

Rathenau zur Rassenfrage.

Rathenaus Stellung zur Rassenfrage geht unter anderem aus den folgenden in seinem wenig bekannten Buche „Reflexionen“ (S. Hirzel, Leipzig 1908) enthaltenen Ausführungen mit aller Deutlichkeit hervor.

„Die Aufgabe kommender Zeiten wird es sein, die aussterbenden oder sich auszehrenden Adelsrassen, deren die Welt bedarf, von neuem zu erzeugen und zu züchten. Man wird den Weg beschreiten müssen, den ehedem die Natur selbst beschritten hat, den Weg der „Nordifikation“. Körperliche, strapaziöse Lebensweise, rauhes Klima, Kampf und Einsamkeit“.

„Eine neue Romantik wird kommen: die Romantik der Rasse.

Sie wird das reine Nordlandsblut verherrlichen und neue Begriffe von Tugend und Laster schaffen. Den Zug des Materialismus wird diese Romantik eine Weile hemmen.“

„Eine Tragikomödie des Geistes ist die Unterwerfung Platons unter Sokrates' Einfluß. Der ritterliche blonde Phantast lernt Moral und Zweck von dem schwärzlichen Urbewohner, dem es gelungen ist, seine schlechten Instinkte durch unaussprechliche Energie und Intelligenz zu meistern. Siegfried vom fromm gewordenen Mime bekehrt.“

„Der freiwillige, instinktive Respekt beruht ganz auf Rasseempfindung. Einer edlen weißen Hand gehorchen sie lieber als klugen Argumenten.“

„Solange wird alle Rassenlehre von Verzweifelten bekämpft werden, die sich vernichtet wähnen: Bis die Erkenntnis sich erhebt, daß die freien Stämme nur dadurch adlig wurden, daß sie die Furcht und das Begehren abtaten. Das mag jeder Einzelne in sich vollbringen.“

„Antisemitismus“ in „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“.

In dem Werk „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“, Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, herausgegeben von Hermann Gunkel und Leopold Zscharnack, Verlag von I. C. B. Mohr, (Paul Siebeck, Tübingen), finden wir auf Seite 396 ff unter „Antisemitismus“ u. a. folgende Sätze:

„. . . . 4. Schließlich bedarf die Rasse und ihre Bedeutung einer sachlichen Erörterung, unabhängig von Recht oder Unrecht des Antisemitismus. Der heutigen Judenfrage gegenüber hat sich der Christ — abgesehen von allgemein menschlichen und nationalen Pflichten — vor allem aber unter zwei Gesichtspunkten zu entscheiden. Ethisch sieht er sich vor die Frage gestellt, ob die Judenmanzipation beibehalten, d. h. gänzlich durchgeführt werden, oder ob sie wieder rückgängig gemacht werden soll. Vernunfts- und Gefühlsgründe sprechen dafür, der Stimme der Menschlichkeit Folge zu leisten und sich durchaus für die volle Emanzipation, also gegen den A. zu entscheiden. Konkrete nationale Fragen

(wie die Bekämpfung schlechter Elemente unter den deutschen Juden; die Stellung zur Einwanderung von Ostjuden) liefern dem A. wirksamen Agitationsstoff. Auf die Notwendigkeit einer Lösung dieser Fragen hingewiesen zu haben, ist das relative Verdienst des an den Namen Stöcker anknüpfenden nationalpolitischen A. (Christlich sozial), der heute in deutschvölkischen Kreisen weiterlebt. Doch ist es verkehrt, solche Fragen zum Anlaß für grundsätzlichen A. zu nehmen. Ihre Lösung ist unter Verzicht auf A. rein sachlich zu erstreben, indem die Juden nach denselben ethischen Normen wie andere Volksgenossen beurteilt werden. — Religiös muß der Christ es ablehnen, Geist und Glaube zu Funktionen des Blutes herabwürdigen zu lassen. Er wird sich umgekehrt zur Herrschaft des Geistes bekennen, und deshalb für die Ideen der Toleranz, Gleichberechtigung und allgemeinen Menschenwürde zugunsten des jüdischen Mitbürgers eintreten, sich in praktischer Arbeitsgemeinschaft mit religiös-ethischen und philosophisch-idealistischen Kreisen des Judentums zu gemeinsamem Kampf gegen Irreligion und Unmoral verbunden wissen, vor allem aber durch aktive Mission des Christentums unter den Juden die geistige Auseinandersetzung an Stelle von unklaren Rassengegensätzen zu pflegen und so die religiöse Entscheidung allem Blutaberglauben zum Trotz als freie Tat des menschlichen Geistes bewerten (Judenmission)."

Eine Entgegnung auf Blunck „Zur Rassenbildungsfrage".

In Nummer 4—5 unseres C. V.-Dienstes veröffentlichten wir die Stellungnahme Dr. Hans Fr. Bluncks zu Walter Scheidts „Elbinsel Finkenwärder". Bei der Aktualität der in diesem Schreiben behandelten Rassenfrage dürften folgende Stellen aus einem Antwortschreiben Scheidts an Blunck im „Hamburgischen Korrespondent" vom 3. 7. 27 nicht ohne Interesse sein.

„. . . Ihre Frage nach der Rasse der ostjüdischen Einwanderer verquickt m. E. volkstümliche und rassische Dinge, auch Herkunft und rassische Beschaffenheit. Die Forschungen von Luschan, Wageseil und anderen haben gezeigt, daß die in der ostjüdischen Bevölkerung vorwiegende Rasse die vorderasiatische Rasse ist. Die Osteinwanderung in und nach dem Kriege ist sicher ganz vorwiegend eine solche vorderasiatischer Elemente gewesen, aber m. E. weder die erste, noch die einzige. Ich habe in mehreren Untersuchungen zu zeigen versucht, daß mutmaßlich vorderasiatische Elemente in Europa schon sehr früh vertreten waren, und glaube, daß sie sich auch in der nichtjüdischen Bevölkerung nichtjüdischer Abstammung finden . . .

. . . Wenn man sich Rassenkunde immer noch nicht anders als in enger Verbindung mit der sogen. Judenfrage vorstellen kann, so ist das einer der verhängnisvollsten Irrtümer. Nicht weniger als mit der Judenfrage hängt die Rassenkunde mit der „Baltenfrage" oder der „Frankenfrage" oder der „Schwabenfrage" oder der „Friesenfrage" zusammen . . ."

Stimmen gegen den Judenhaß.

Wir geben im Folgenden Auszüge aus einer deutschen, einer polnischen und einer schweizer Aeußerung zum Judenhaß, die als Vortragsmaterial Verwendung finden können.

I. Das dritte Reich.

Die rechtsstehende „Weserzeitung" in Bremen bringt unter dem Titel „Kritik des Nationalsozialismus" eine ausgezeichnete Entgegnung auf einen das gleiche Thema behandelnden Aufsatz aus nationalsozialistischer Feder, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

Der Nationalsozialismus will ein neues, mit dem jetzigen nirgendwie identisches Reich — das sogenannte „dritte Reich" — errichten, wenn wir uns bereit erklären, ihm hundertprozentig anzuhängen. Solche Kunde ist nicht neu, sie erscholl immer und überall in die Ohren fast jeder Generation . . . Der Nationalsozialismus tritt mit dem Anspruch auf, Neues zu sein und zu bringen, also schöpferischen Charakters zu sein. In Wirklichkeit zeigt die Prüfung seiner Programmpunkte, daß er einen ausgesprochen unschöpferischen, epigonhaften Eklektizismus darstellt: alle, aber auch restlos alle Programmpunkte sind in ihrer Grundtendenz wie in den spärlichen Details alt und in irgendeiner Form schon dagewesen. Vom Antisemitismus über den Antikapitalismus bis zum Uebernationalismus eine mehr oder weniger geschickte, aber im Grunde unorganische Häufung bereits vorhandener Theorien . . .

Was heißt z. B.: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staate, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen?" Gibt es einen Standard in bezug auf das Sittlichkeits- oder Moralgefühl der germanischen oder sonst einer Rasse? Die Geschichte der Jahrtausende hat gelehrt, daß Sittlichkeitsgefühle sich ändern, weil sie sich mit dem Leben und den Verhältnissen ändern mußten, wollten die jeweiligen Träger sich dem Leben gegenüber behaupten . . . Der Deutsche des 20. Jahrhunderts empfindet vollständig anders, als der des Mittelalters. Der Nationalsozialismus will also tatsächlich nach irgendeinem willkürlichen Maßstab radikal in das Gefüge der Religionen eingreifen . . . Der nationalsozialistische Führer Jung verlangt, daß die katholische Kirche ihre Bindung mit dem Pabst zerschneide, sich mit der protestantischen vereine; er verlangt einschneidende Reformierung der protestantischen Kirche, notwendigenfalls ihre Zertrümmerung . . .

Was soll die Forderung, daß jeder Deutsche in der Arbeit nicht nur ein Mittel zum Erwerb materieller Güter, sondern eine höhere Pflicht und seelische Erbauung zu sehen habe, . . . wenn im selben Atemzug wieder die weitere Großentwicklung der Industrie für natürlich und aus ökonomischen Gründen für zweckmäßig und unterstützungswert erklärt wird? Hier wird der „Sinn" der Thesen und Gegenthesen vollends zum Chaos. Was ist an der Forderung, daß „erste Pflicht des Staatsbürgers sein müsse, geistig oder körperlich zu schaffen" Neues? . . .

Diese Forderungen (des sozialen Programms. Die Schriftlg.) klingen uns sehr vertraut. Was hier gefordert und gesprochen wird, ist so viel auf einmal, daß man schon skeptisch wird, ehe man sich die Forderungen genau betrachtet. Eine Untersuchung ist auch nicht nötig, da sie eine Untersuchung der seit Jahren und Jahrzehnten im Mittelpunkt der Debatte stehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Forderungen wäre; von der Vorgesellschaftung bis zum Rätesystem . . .

Die unvermeidbaren Folgen des Ausbleibens praktischer Erfolge auf sozialem Gebiet dürften anarchistische Erschütterungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens durch die dann gänzlich haltlos gewordenen und jeglicher Bindung ledigen enttäuschten Anhänger sein . . . Auch wenn nicht der größere Teil der vom Kommunismus zum Nationalismus, Hinüberwechselnden aus agentierenden Spitzeln besteht — eine Annahme, für die mancherlei spricht —, so wird dennoch die Gefahr der kommunistischen Infizierung des Kleinbürgertums durch den Nationalsozialismus immer bestehen, solange man dieser Be-

wegung dadurch den Schein der Gediegenheit verleiht, daß man ihr in ernstzunehmenden Kreisen unseres Wirtschafts- und politischen Lebens Interesse — und sei es auch nur platonisches — entgegenbringt. . .

Die „Weserzeitung“ schickt diesem Aufsatz eine längere Einleitung voraus, aus der folgende Sätze hier zum Schluß abgedruckt seien:

„Wir stimmen mit dieser Kritik auch darin überein, daß die im Nationalsozialismus versuchte Verarbeitung sozialistisch-marxistischer Tendenzen der Bewegung eine labile Anhängerschaft zuführt, die ihrer Zusammensetzung nach fraglos eine bedenkliche Heterogenität zeigt. Bei aller kritischen Erkenntnis der inneren Zusammenhänge scheint uns aber doch wesentlich, das Woher und Wohin, also die eigentliche Triebkraft einer Bewegung an sich, nicht so sehr allein aus unklaren Geistesverfassungen zu erklären, als vielmehr aus den verhängnisvollen Nöten bewegter Zeitläufte und der psychischen Reaktion der „Masse Mensch“ auf die Gewalttätigkeiten eines an sich inhumanen Lebens.“

II. Ein polnisches Blatt gegen die Judenhetze in Polen.

In einer polnischen Zeitschrift der „Gazetta Polska“ vom 26. Juni, ist unter der Ueberschrift „Verfluchter Antisemitismus“ der folgende Artikel erschienen, der an einen Vorfall während der Ueberführung der sterblichen Ueberreste des polnischen Dichterkönigs Slowacki nach Polen anknüpft.

„Wir erhalten einen anonymen Brief voller Entrüstung, daß unter den Delegierten, welche die sterblichen Ueberreste des polnischen Dichterfürsten Slowacki in seine Heimat begleiteten, sich auch eine Persönlichkeit jüdischer Herkunft befand. Was für ein Skandal, was würde Slowacki sagen, schreibt der Autor, welcher nicht den Mut hatte, sich in dem Brief zu unterschreiben! Dem anonymen Autor vielen Dank dafür, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, sich einmal mit der Frage des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisses der Polen zu den Juden zu beschäftigen. Aber vor allem verlangt es unsere Pflicht, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der politischen, gesellschaftlichen und religiösen Ueberzeugungen unseren tiefen Abscheu über den Gedankengang des anonymen Briefschreibers Ausdruck zu geben. Das Verhältnis zwischen Polen und Juden, Bürgern desselben Staates, sollte sich so gestalten, wie es die ethischen Bedingungen diktieren, denen sich alle Kulturvölker unterwerfen. Dart man an der Vaterlandsliebe eines Mitbürgers zweifeln, nur deswegen, weil er Jude ist? Soll man nur aus diesem Grunde bei ihm den Mangel staatsbürgerlicher Anhänglichkeit feststellen, oder ist es gestattet, den Juden als Bürger zweiter Klasse zu behandeln und sich selbst als erstrangigen Bürger des Staates hinzustellen? Dies sind die moralischen Bedenken. Es folgt aus ihnen das ganze poltitische, gesellschaftliche, kulturelle und moralische System. Die jüdische Religion muß sich in Polen derselben Achtung wie jede andere Religion erfreuen. Es darf keine Vorschriften geben, welche die Juden in ihrem Wirtschaftsleben einengen, keinen numerus clausus. Im gesellschaftlichen Leben Polens müssen die Juden die Rolle spielen, die ihnen vermöge ihrer Bildung und Erziehung zukommt. Es muß endlich einmal mit dem finsteren, im hohen Grade unmoralischen Antisemitismus aufgeräumt werden, der so viel nationales Unrecht mit sich gebracht hat. Es muß schließlich einmal ein Ende gemacht werden mit dem Argwohn gegenüber den Juden, der teils offen, teils versteckt auftritt, und der dem nationalen Leben in Polen so ungeheuerlich schadet. Wir müssen einmal lernen, unser Augenmerk von Nase, Akzent und Temperament abzulenken und mehr auf die Werte jedes Staatsbürgers zu blicken. Der Wucherer soll in der Gesellschaft verfolgt werden wegen seines Wuchers, der Trödler gemieden werden wegen seiner Unehrlichkeit und der Unflätige wegen seines körperlichen Schmutzes, der Betrüger wegen seines moralischen Schmutzes. Aber unter keinen Umständen soll daraus eine Rassenfrage gemacht werden, als ob nur Anhänger einer bestimmten Religion zu den Verworfenen der menschlichen Gesellschaft gehörten. Wurde jemals in allen Zeiten der Welt an irgendeinem Volk so viel Unrecht getan wie gerade an den Juden in Polen? Schämen muß sich jeder kulturell hochstehende Pole, der einem derart verwerflichen Antisemitismus das Wort redet. Polen muß seine Söhne mit besonderer Sorgfalt umgeben, muß gerecht sein gegenüber all seinen Mitbürgern, und vor allem muß gegenüber allen Religionsangehörigen eine vernünftige Politik geführt werden. Der gute Pole, der wirklich national denkt, muß als Ideal die Gleichberechtigung und Unabhängigkeit aller seiner Untertanen im Herzen tragen.“

Welche Tat wird dem Ausdruck solcher Gesinnung folgen? . . . Dr. Fritz Seifter (Bielitz).

III. Ein schweizer Kämpfer gegen den Judenhaß.

Dem im Verlag „Pestalozzi-Fellenberg-Haus“ in Bern erschienenen ausgezeichneten, auf gründlichen Studien aufgebauten Werke des Schweizer Schriftstellers C. A. Loosli, „Die schlimmen Juden“, entnehmen wir folgenden Absatz:

„Ueberhaupt treiben wir mit der Bezeichnung „jüdisch“, „verjudet“ usw. usw., wie mir scheint, groben, durch nichts zu rechtfertigenden, durch nichts zu entschuldigenden Unfug, sprachlich wie gesellschaftlich. Ich gebe zu, daß es, bei uns wenigstens, in weitaus den meisten Fällen durchaus gedankenlos, ohne eigentlich beleidigende Absicht geschieht; aber das macht die Sache um kein Haar besser, denn gerade dadurch setzt sich je länger je tiefer im Volks- und Allgemeinbewußtsein ein Vorurteil fest, das einer immerhin nicht ganz unwesentlichen Minderheit unserer Mitbürger zu Schimpf und Schanden gereicht, das uns selber übrigens nichts weniger als ehrt, sondern schändet. Es gibt Gedankenlosigkeiten, die unverzeihlich, Gepflogenheiten, die schlimmer sind als einzelne, noch so schwerwiegende Vergehen, nämlich solche, die dazu angetan sind das Allgemeinbewußtsein zu trügen, die Volksseele zu fälschen, das öffentliche Rechtsempfinden zu trüben, das gesellschaftliche Billigkeitsgefühl zu verwirren. Dazu gehört der sträfliche Mißbrauch, den wir mit den Bezeichnungen „Jude“ „jüdisch“, „verjudet“ treiben. Ein Mißbrauch, der sich früher oder später bittter und zwar an uns selbst rächen wird, ja, sich schon heute, ohne daß wir uns dessen inne werden, rächt, wie jede geistige Brunnenvergiftung.

Denn jedes umlaufsfähige Schlagwort bedeutet eine feige, schändliche unehrenhafte Abdankung des eigenen Denkens, eigener Beobachtung, eigener Meinung, die sich gerade in einem demokratischen Staatswesen am raschesten, bittersten bezahlt, weil dessen Auswirkung unmittelbarer, unbesonnener daher tiefgreifender ist. Das Schlagwort kristalliert sich in unserem Empfinden gewissermaßen zum ungeprüften Glaubenssatz; es führt uns zu einer falschen Einstellung dem Leben, der Wirklichkeit gegenüber, die so weit gedeiht, daß wir die damit verbundenen Widersprüche gar nicht mehr bemerken, uns folglich geflissentlich fortwährend Täuschungen, Folgewidrigkeiten, Ungereimtheiten hingeben.

So werfen wir den Juden etwa ihre vorwiegende Betätigung in Handel und Geschäftsleben vor. Die

Antisemiten erachten sie weder zum Ackerbau, noch zum Handwerk, noch zur Wissenschaft, noch zur Kunst tauglich und wissen in diesem Zusammenhang viel Entwürdigendes gegen die Juden vorzubringen, das freilich bei näherem Besehen lächerlich falsch ist. Sobald sich der Jude aber auf den Gebieten betätigt, auf denen ihm seine Hasser jede Befähigung absprechen, so schreien sie laut und anhaltend über die Verjudung dieses Gebietes, so daß die Juden eigentlich, um es auch nur einigermaßen recht zu machen, nichts besseres zu tun hätten als sich so rasch wie möglich zu hängen, womit freilich niemand so arg betroffen würde als gerade die Antisemiten, die von den Juden leben wie der Fuchs von den Hühnern."

Bibliothek.

Wir weisen darauf hin, daß die neu angeschafften Bücher in der Regel erst nach Ablauf eines Jahres verleihbar sind.

Neuaufnahmen in die C. V.-Bibliothek im April 1927.

Cohen, Dr. Hermann: Die Nächstenliebe im Talmud. Ein Gutachten dem Königl. Landgerichte zu Marburg erstattet. Marburg 1888. 35 S. Elwersche Verlagsbuchhandlung.

Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Herausgegeben v. Geh. Justizrat Dr. E. Heilfron. Berlin. 6 Bände. Nordd. Buchdruckerei.

Frank, Dr. Friedrich: Die Schächtfrage vor der bayrischen Volksvertretung. 7. Auflage. Würzburg 1894. 48 S. Leo Boerl.

Gottesdienstliche Gebräuche der Juden. Nach der Bibel und nach jüdischen Schriftstellern dargestellt für Freunde der heiligen Schrift aus allen Ständen. Aus dem Englischen. Leipzig 1840. 242 S. Karl Tauchnitz.

Hessenberg, Eduard: Struwelpeter Hoffmann erzählt aus seinem Leben. Lebenserinnerungen Dr. Heinrich Hoffmanns. Frankfurt a. M. 1926. 231 S. Englert und Schlosser.

Hoffmann-Kutschke, Artur: Die Wahrheit über Kyros, Dareios und Zoroastres. Beitrag z. Erforschung der älteren arischen Geschichte. (1910, 1. Aufl.) u. Deutsche Wissenschaft und ihre Gegenwart oder Nichtjuden und Juden. Stuttgart 1925. 141 S. W. Kohlhammer.

Hofmiller, Josef: Das deutsche Antlitz. Ein Lesebuch. München. 224 S. Albert Langen.

Kemnitz, M. v.: Das Weib und seine Bestimmung. Ein Beitrag zur Psychologie der Frau und zur Neuorientierung ihrer Pflichten. 2. verm. Auflage. München 1919. 208 S. Ernst Reinhardt.

Kuhlmann, Fridel Marie: Frigga. Ein Buch vom deutschen Idealismus. Leipzig 1926. 132 S. Theodor Weicher.

Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. München, Berlin 1922. 550 S. R. Oldenbourg.

Merkenschlager, Fritz: Götter, Helden und Günther. Eine Abwehr der Günther'schen Rassenkunde. Nürnberg 1927. 64 S. Lorenz Spindler.

Müller-Claudius, Dr. Michael: Deutsche Rassenangst. Eine Biologie des deutschen Antisemitismus. Berlin 1927. 151 S. C. A. Schwetschke & Sohn.

Saager, Adolf: Henry Ford. Werden — Wirken. Ein Charakterbild. Stutttgart. 179 S. Wagnerscher Verlag.

Scheuer, Dr. O. F.: Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft. Berlin 1927. 68 S. Verl. Berlin-Wien.

Schlier, Paula: Petras Aufzeichnungen oder Konzept einer Jugend nach dem Diktat der Zeit. Innsbruck 1926. 173 S. S. Brenner.

Wirth, Albrecht: Deutsche Geschichte von 1870 bis zur Gegenwart. Leipzig 1926. 320 S. A. Kröner.

Neuaufnahmen im Mai 1927.

Anders, Heinz: Mensch und Tier. Berlin 1927. 31 S. Phylax-Verl.

Beermann, Bezirksrabbiner Dr.: Unser Judentum. Berlin 1926. 44 S. Philo-Verlag.

Dungern, Dr. Otto v.: Adelsherrschaft im Mittelalter. München 1927. 78 S. I. F. Lehmann.

Entwicklungsstufen der jüdischen Religion. Vorträge des Institutum Judaicum. Erster Jahrgang 1925—1926. Gießen 1927. 103 S. Alfr. Töpelmann.

Ernst, Bodo: Was dünket Euch um Paulus? Stuttgart 1925. 57 S. Alfr. Roth.

Foerder, Ludwig: Die Stellung des Central-Vereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919—1926. Breslau 1927.

Günther, Dr. Hans, F. K.: Der nordische Gedanke unter den Deutschen. München 1925. 136 S. I. F. Lehmann.

Günther, Dr. Hans, F. K.: Rassenkunde Europas. München 1926. 220 Seiten. I. F. Lehmann.

Hauser, Otto: Germanischer Glaube. Weimar v. J. 255 S. A. Duncker.

Hauser, Otto: Rasse und Kultur. Braunschweig-Hamburg 1924. 350 S. Georg Westermann.

Hermann, Hans: Das Sanatorium der Freien Liebe. Pläne und Hoffnungen für die Zukunft. 2. Auflage. Berlin-Steglitz 1904. 174 S. Hans Priebe & Co.

John, Georg: Das Strauchrittergewerbe der Hochfinanz. Brunau/Böhmen. 31 S. Verlag Scholle.

Konrad, Karl: Germanische Religion. Ein Leitfaden zu ihrer Erneuerung. Mühlhausen i. Thüringen 1926. 93 S. Urquell-Verlag.

Konrad, Karl: Kann uns die Edda Religionsbuch werden. Mühlhausen i. Thüringen 1926. 87 S. Urquell-Verlag.

Palästina, Reiseberichte von Dr. Bruno Weil und Staatsrat a. D. Cohn-Dessau. Berlin 1927. 31 S. Philo-Verlag.

Rathenau, Walter: Reflexionen und Aufsätze. Berlin 1925. 365 S. S. Fischer.

Rathenau, Walter: Kritik der dreifachen Revolution. Apologie. Berlin 1919. 125 S. S. Fischer.

Saxlund, E.: Blut und Geist. Bausteine zu einem biologischen Weltbild. Aus dem Norwegischen übertragen v. Siegfried Knudsen-Dyck. Leipzig 1926. 78 S. Hammer-Verlag.

Schwarzkopf, Nikolaus: Judas Ischariot. Köln v. J. 215 S. I. P. Bachen.

Neuaufnahmen im Juni 1927.

Acht Jahre politische Justiz. Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V. Berlin 1927. 284 S. Hensel & Co.

Dalcke A. Strafrecht und Strafprozeß. 18. Aufl. Berlin 1927. 1063 S. H. W. Müller.

Elberhaus, Rudolf: Hüter der Ehre. Deutsche Jugend im Kampf um Frieden und Freiheit des Vaterlandes. Düsseldorf 1926. 275 S. Be-Vau-Verl.

Festschrift zum 70. Geburtstage von Moritz Schaefer. Zum 21. Mai 1927. Herausgegeben von Freunden und Schülern. Berlin 1927. 273 S. Philo-Verlag.

Hartwich, Otto: Ein Geheimnis geht um! 4 zu 27. Bremen 1927. 72 S. Fr. Leuwer.

Huch, M.: Der Neue Mensch in uns. (Bücher der Weißen Fahne, 31. Heft). Pfullingen/Wttbg. 28 S. Joh. Baum.

Klee, F.: Wegweiser durch die neueren Justizverwaltungsbestimmungen. 2. Auflage. Berlin 1927. 305 Seiten. R. v. Decker.

Kynast, Dr. Karl: Apollon u. Dionysos. Nordisches und Unnordisches innerhalb der Religion der Griechen. Eine rassenkundliche Untersuchung. München 1927. 117 S. I. F. Lehmann.

Lilienthal, Dr. A.: Die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften nach Artikel 137 d. Reichsverfassung. Berlin 1925. 94 S. C. Heymann.

Misrachi: Festschrift Misrachi, herausgegeb. anläßlich des 25 jährigen Jubiläums der Misrachi-Weltorganisation v. Zentralbüro des Misrachi für Deutschland. Berlin 5687. 204 S. Zentralbüro d. Misrachi.

Posener, Dr. Paul: Einführung in die Büropraxis. Leitfaden für Angestellte in jurist. und Verbandsbüros. Berlin 1926. 123 S. Fichtner & Co.

Salburg, Edith Gräfin: Carrière, 2. Aufl. Leipzig 1901. 203 S. Grübel & Sommerlatte.

Steffens, Dr. Daniel: Kapital und Börse von Babylon bis Wallstreet. Ein Tag durch die finanzielle Weltgeschichte. Gotha 1926. 231 S. Leop. Klotz.

Tharaud, Jérome u. Jean: Die Herrschaft Israels. Zürich, Lpz., Wien 1927. 280 S. Amalthea-Verlag.

Neuaufnahmen im Juli 1927.

Diederichs, Eugen: Der deutsche Buchhandel in Selbstdarstellungen. 2. Band, Heft 1: E. Diederichs. Herausgegeben von Prof. Dr. G. Menz. Leipzig 1927. 86 S. Felix Meiner.

Diederichs, Eugen: Politik des Geistes. Jena 1920. 196 S. E. Diederichs.

Dubnow, Simon: Die Geschichte des jüdischen Volkes in der Neuzeit. Das XVI. und die erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts. Berlin 1927. 497 S. Jüdischer Verlag.

Feist, Dr. Siegmund: Stammeskunde der Juden. Die jüdischen Stämme der Erde in alter und neuer Zeit. Historisch-anthropologische Skizzen. Leipzig 1925. 191 S. I. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

Goebbels, Dr. Joseph: Wege ins dritte Reich. Briefe und Aufsätze für Zeitgenossen. München 1927. 63 S. Franz Ehr Nachfl.

Günther, H. F. K.: Rasse und Stil. München 1926. 132 S. I. F. Lehmann.

Handwörterbuch für Politik und Wirtschaft der Gegenwart. Auf Grund der neuesten Daten bearb. v. Reg.-Rat I. Kreppel. 1. Lieferung: Aachen bis Arbeiter. Wien 1927. 127 S. Verlag „Das Buch".

Hirsch, Samson Raphael: Die Psalmen, übersetzt und erläutert v. S. R. Hirsch. 1. u. 2. Teil. Frankfurt a. M. 1924. Hermon-Verlag.

Hollander, Walther von: Auf der Suche. Roman aus der Uebergangszeit. Berlin 1926. 348 S. Ullstein-Verlag.

Izoulet, Jan: Paris. Capitale des Religions ou la mission d'israel. Caris 1922. 370 S. Albin Michel.

Kurtzig, Heinrich: Ostdeutsches Judentum. Tradition einer Familie. Mit einem Verwort von Erdmann Gräser. Stolp 1927. 164 S. Eulitz-Verlag.

Lessing, Theodor: Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen oder die Geburt der Geschichte aus dem Mythos 4. umgearbeitete Auflage. Leipzig 1927. 342 S. E. Reinicke.

Lorenz, H.: Allgemeines Landrecht für die preuß. Staaten in dem jetzt gültigen Umfange mit Ausschluß des Lehnsrechts. 2. berichtigte Auflage. Berlin 1927. 144 S. O. Nahmmacher.

Michaelis, Johann David: Mosaisches Recht. Drei Bände. 2. vermehrte Auflage. Frankfurt a. Main 1775. I. G. Garbe.

Rehs, Robert: Die Zahl als formendes Weltprinzip. Ein letztes Naturgesetz. Berlin 1926. 263 S. Rembrandt-Verlag.

Rutherford, I. F.: Trost für die Juden. Magdeburg 1925. 138 S. Wachturm Bibel und Traktat Gesellschaft.

Saalburg, Edith Gräfin: Erinnerungen einer Respektlosen. Leipzig 1927. 222 S. Hammer-Verlag.

Schmidt, Wilhelm: Rasse und Volk. Eine Untersuchung zur Bestimmung ihrer Grenzen und zur Erfassung ihrer Beziehungen. München 1927. 67 S. Kösel & Pustet.

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. 1. u. 2. Band München 1922—23. 557 S., 635 S. C. H. Beck.

Stark, Willy: Das religiöse Leben der westeuropäischen Judenheit, vornehmlich Deutschlands, und seine Wertung vom christl. Gottesgedanken aus. Berlin 1926. 21 S. Furche-Verlag.

Stern, Heinrich: Geschichte der Juden in Nordhausen. Nordhausen 1927. 75 S. Selbstverlag.

Zweig, Arnold: Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften dargetan am Antisemitismus. Potsdam 1927. 369 S. Gust. Kiepenheuer.

Vortragsliste

21. 11. 26. **Wilhelmshafen.**
Frau Lichtenberg-Hannover: „Bedeutende jüdische Frauen der Vergangenheit".

26. 2. 27. **Wunstorf.**
Frau Lichtenberg-Hannover: „Bedeutende jüdische Frauen der Vergangenheit".

20. 3. 27. **Neckarbischofsheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Der Kampf des deutschen Judentums".

24. 3. 27. **Wertheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die völkische Bewegung unter besonderer Berücksichtigung Badens".

26. 3. 27. **Külsheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Der Kampf des deutschen Judentums".

26. 3. 27. **Falkenberg.**
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

27. 3. 27. **Tempelburg.**
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

27. 3. 27. **Hardheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Arbeit des C. V."

29. 3. 27. **Sennfeld.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Arbeit des C. V."

30. 3. 27. **Merchingen.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Was ist und tut der C. V."

31. 3. 27. **Großeicholzheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Unsere Abwehrarbeit gegen die Völkischen."

2. 4. 27. **Fischach.**
Frau J. R. Dormitzer-Nürnberg: „Die deutsche Frau im deutschen Volksleben".

2. 4. 27. **Tauberbischofsheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die politische Lage und die Arbeit des C. V."

3. 4. 27. **Mosbach.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Arbeit der Völkischen in Baden".

3. 4. 27. **Ichenhausen.**
Frau J. R. Dormitzer-Nürnberg: „Die deutsche Frau im deutschen Volksleben".

7. 4. 27. **Nürnberg.**
Frl. Dr. Meyer-Nürnberg: „Neue Erlebnisse auf C. V.-Fahrten. — Die Jugendbewegung und ihr Einfluß auf die Kultur der Gegenwart".

14. 4. 27. **Belgard.**
Kantor Ehrenberg-Belgard: „Die Bestrebungen und Ziele des C. V."

21. 4. 27. **Konstanz.**
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftlichen Sorgen des deutschen Judentums."

25. 4. 27. **Heidelberg.**
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands und die Bedeutung der Juden".

27. 4. 27. **Mannheim.**
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Der wirtschaftliche Einfluß der Juden."

26. 4. 27. **Köslin.**
Dr. Alfred Wiener-Berlin: „Gegen äußere Feinde und innere Würdelosigkeit".
Dr. Gottschalk-Stettin: „Aus der Arbeit des Landesverbandes".

3. 5. 27. **Wiesloch.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Wesen und Ziele des C. V."

5. 5. 27. **Königsbach.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Arbeit der Nationalsozialisten in Baden".

7. 5. 27. **Schriesheim.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Gefahren der völkischen Bewegung".

8. 5. 27. **Leutershausen.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Was ist und tut der C. V."

8. 5. 27. **Hemsbach.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Wesen uud Ziele des C. V."

8. 5. 27. **Berleburg.**
Bezirkstagung (gemeinsam mit dem Landesverband Rheinland-Westfalen). Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vertrauliches aus unserer Abwehrtätigkeit in Hessen-Nassau."

8. 5. 27. **Wetter.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die letzten antisemitischen Vorgänge in Hessen und Nassau."

10. 5. 27. **Berlin S, SW, SO. (Frauengruppe).**
Vortragsnachmittag.

11. 5. 27. **Berlin-Wilmersdorf. (Frauengruppe).**
Teenachmittag.

14. 5. 27. **Berlin-Charlottenburg. (Frauengruppe).**
Unterhaltungsabend.

14. 5. 27. **Siegelsbach.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Der Kampf des deutschen Judentums".

15. 5. 27. **Neidenstein.**
Dr. Weil-Karlsruhe: „Unser Kampf gegen die Völkischen".

15. 5. 27. **Nördlingen.**
Dr. Freund-München: „Jüdische Gegenwartsfragen".

17. 5. 27. **Goslar.**
Alfred Hirschberg-Berlin: „Unsere Aufgaben nach Außen und Innen".

18. 5. 27. **Göttingen.**
Alfred Hirschberg-Berlin: „Unsere Aufgaben nach Außen und Innen".

19. 5. 27. **Seesen.**
Alfred Hirschberg-Berlin: „Unsere Aufgaben nach Außen und Innen".

22. 5. 27. **Großen-Buseck(Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Hinter den Kulissen des Antisemitismus".

22. 5. 27. **Treis (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M: „Sichtbares und unsichtbares Hakenkreuz".

23. 5. 27. **Berlin NW. (Frauengruppe).**
Aussprachenachmittag.

24. 5. 27. **Berlin-Schöneberg. (Frauengruppe).**
Teenachmittag.

25. 5. 27. **Berlin-Neukölln. (Frauengruppe).**
Unterhaltungsabend.

26. 5. 27. **Danzig.**
Kundgebung: „Im Kampf für Glaube und Heimat".
Vorträge: Rechtsanwalt Dr. Brodnitz, Danzig,
„ „ „ Bruno Weil, Berlin,
„ Rabbiner Dr. Braunschweiger, Oppeln,
„ Rechtsanwalt Dr. Marcuse, Stettin,
„ Dr. Alfred Wiener, Berlin.

26. 5. 27. **Danzig.**
Delegiertentagung für Danzig, Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien.
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Der C. V. Gedanke im deutschen Judentum".
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums".
Dr. Bruno Weil-Berlin,
Dr. Alfred Wiener-Berlin: „Unsere Arbeit nach Außen nnd Innen".
Kurt Sabatzky, Königsberg,
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Arbeit der Ortsgruppen".
Frau Herta Klein-Königsberg: „Der C. V. und die Frauen".

29. 5. 27. **Crainfeld (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Hinter den Kulissen des Antisemitismus".

29. 5. 27. **Oberseemen (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Sichtbares und unsichtbares Hakenkreuz".

1. 6. 27. **Weilburg a. L.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Ein vertraulicher Bericht über die Lage".

2. 6. 27. **Nassau a. L.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Ein vertraulicher Bericht über die Lage".

8. 6. 27. **Frankfurt a. M. (Verein Montefiore).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Der deutsche Jude in der Öffentlichkeit".

19. 6. 27. **Hersfeld.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Hinter den Kulissen des Antisemitismus".

19. 6. 27. **Wüstensachsen (Bez. Kassel).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Sichtbares und unsichtbares Hakenkreuz".

24. 6. 27. **Guxhagen.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Sichtbares und unsichtbares Hakenkreuz".

29. 6. 27. **Westernburg.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die unsichtbare Gefahr".

10. 7. 27. **Herborn.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die unsichtbare Gefahr".

10. 7. 27. **Gladenbach.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Sichtbarer und unsichtbarer Antisemitismus".

17. 7. 27. **Selters (Bezirksversammlung).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die unsichtbare Gefahr".

18. 7. 27. **Kolberg.**
Frau Leibholz-Berlin: „Mode, Gesellschaft und Antisemitismus".

19. 7. 27. **Polzin.**
Frau Leibholz-Berlin: „Mode, Gesellschaft und Antisemitismus".

24. 7. 27. **Meerholz.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

31. 7. 27. **Wallertheim (Bezirksversammlung).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Was will die Hitlersche Bewegung".

Verantwortlich: Dr. Ludwig Holländer, Direktor des C.-V., Berlin SW 68.
Druck: Max Lichtwitz, Berlin SW 19, Neue Grünstraße 30.